

des Deutschen Ordens freiwillig verjüdet. Auch Dünin-Markiewicz ging die Zeit der Lebensberühmtheit über Pommerellen schon im Jahre 1454 zu Ende. „Ganz Pommerellen“, sagt er, „wurde wieder in den Verband des polnischen Staates eingegliedert.“ Auch das ist nicht richtig. Denn zunächst ist Pommerellen, wie erwähnt, in früheren Zeiten niemals wirklich ein Bestandteil des polnischen Staates gewesen; es kann auch keine Rede davon sein, daß es im Jahre 1454 „wieder“ in den Verband des polnischen Staates eingegliedert worden sei. Außerdem ist das Jahr 1454 als Zeitpunkt für das Ende der pommerellischen Oberherzöge nicht richtig gewählt. In diesem Jahr hat zwar ein Teil der Preussischen Stände dem Orden den Gehorsam aufgekündigt und dem König Kasimir von Polen die Unterwerfung ihres Landes angetragen; aber erst nach dreizehnjährigem Kriege, in dem die Polen das Land fast ganz verheerten, war die Kraft des Ordens gebrochen. Erst mit dem 2. Thurner Frieden von 1466 ging Pommerellen dem Orden verloren.

Aber das Land bildete auch nach 1466 noch lange nicht, wie Dünin-Markiewicz behauptet, „einen unantastbaren Teil Polens bis zum Jahre 1772, als Preußen, Rußland und Oesterreich gemeinsam dessen erste Teilung durchführten.“ Es kann nicht scharf und nicht häufig genug betont werden, daß Pommerellen auch nach dem 2. Thurner Frieden noch über ein Jahrhundert lang keinen Teil des polnischen Staates gebildet hat, sondern ein selbständiger, mit Polen nur durch das gemeinsame Staatsoberhaupt, d. h. durch den Papst, in Verbindung stehender Staat gewesen ist, der seine eigene Verfassung und Verwaltung besaß, der nicht an die Befehle des polnischen Reichstages gebunden war und dessen Stände sich mit Verdrüsslichkeit gegen die schon bald einsetzenden polnischen Assimilierungsversuche auflehnt haben. Erst durch den Rechtsbruch des Kubliner Reichstages von 1569 verlor das Land seine Selbständigkeit gegenüber dem polnischen Staate. Gegen den beherrschenden Protest der Preussischen Stände wurde damals die Personalunion in eine Realunion erweitert. Selbst bei dem Preußen, wie der Danziger Geschichtsschreiber Gottfried Lengnich sich ausdrückt, nichts als der bloße Name („Königliches Preußen“), nichts als die deutsche Mutterprovinz und ein trauriges Andenken der verlorenen Freiheit.

Wir fassen noch einmal zusammen: Die Behauptung der polnischen Propaganda, daß das heutige Korridorgebiet von 994 bis 1308 und dann wieder von 1454 bis 1772 einen Bestandteil des polnischen Staates gebildet und daß die Zeit des Ordens und der preussischen Herrschaft gemißvernehmen nur eine gewalttätige Unterbrechung der ständigen Zu-

gehörigkeit des Landes zu Polen dargestellt haben soll, steht in vollem Widerspruch zu den geschichtlichen Tatsachen. Das Korridorgebiet hat trotz der mehrfachen Annexionsversuche großpolnischer Herrscher vom Ausgang des 1. Jahrtausend an bis gegen Ende des 14. Jahrhunderts nur vorübergehend einmal in einem jeden Abhängigkeitsverhältnis zu Polen gestanden. Es ist nach dem 1294 bis 1308 nach dem Aussterben des öpomeritischen Herzogtums ein Streifenland zwischen Brandenburg, Polen und dem Deutschen Orden gewesen und hat bis zur Zeit seines ersten großen Blütes erblüht. Es hat vor 1466 an 100 Jahre hindurch ein autonomes, in seinem Vorgesamtheit auch durchaus selbständig bedingtes Staatswesen gebildet und ist erst im Jahre 1569 durch Rechtsbruch zum erstenmal in der Geschichte dem polnischen Staate für die Dauer von 205 Jahren, die die schlimmste Verdrüsslichkeit seiner ganzen geschichtlichen Entwicklung darstellen, einverleibt worden. Dann hat es, nachdem es im Jahre 1772 durch Friedebruch den Großen von der polnischen Minderheit und Fremdbestaltung befreit worden war, 147 Jahre lang zu Preußen gehört und in demselben als Staatsanhang und wirtschaftlichen Auftrieb erlebt. Wenn man das Jahr 1000 als Ausgangspunkt nimmt, ist also das pommerellische Korridorgebiet etwa 300 Jahre lang unter eigenen Fürsten selbständig gewesen; es hat etwa 410 Jahre hindurch unter deutscher Führung gestanden (zuerst als Ordensstaat, dann als Königliches Preußen, schließlich als Teil des Preussischen Staates); nur etwa 200 Jahre hat Pommerellen zu Polen gehört.

Aber selbst wenn das pommerellische Korridorgebiet nicht nur zwei, sondern wie Dünin-Markiewicz es darstellt, mehr als sechs Jahrhunderte hindurch zu Polen gehört hätte — was will das heißen? Das Beherrschte in einem Lande wird ja nicht nur an der längeren oder kürzeren Zeitpanne gemessen, die es zu diesem oder jenem Staate gehört hat, sondern in erster Linie an der Leistung, die ein Volk in einem Lande herorgibt. Und da gibt es unter ernsthaften Menschen wohl keinen, der die Überlegenheit der deutschen Kulturleistung bestritt. Was haben die Polen während der zwei Jahrhunderte ihrer Herrschaft aus Pommerellen gemacht? Ein verödetes Land, das von verflornten Menschen besetzt war, verfallene Städte, in denen sich kaum noch eine Spur des alten Pragerlimes der Orbanzeit fand, ein mit Süßen getränktes Reich, eine aus allen Sagen gezogene Ordnung — sind das die „Errungenschaften“, mit denen die Polen ihr Beherrschtes an den geraubten Gebieten nachweisen wollen? Deutschland hat einen Vergleich der beiderseitigen Kulturleistungen im umstrittenen Lande in keiner Hinsicht zu fürchten. Man kann es verstehen, daß die polnische Propaganda eine kulturelle Begründung ihrer Ansprüche vermeidet. Dr. K.

Ein englisches Urteil über den Korridor.

Im Dezember vorigen Jahres erschien in einer der angesehensten englischen Zeitschriften „The Nineteenth Century“, Nr. 658, ein längerer Artikel von William Harbutt Dawson, einem Engländer, der seinerzeit in Versailles getätigt als Sonderbeauftragter für die deutsch-polnischen Fragen angenommen worden war, sich damals aber gegen die bevorstehenden Ratgeber des Präsidenten Wilson, wie den amerikanischen Professor Ford und den polnischen Agenten Dmowski, nicht hatte durchsetzen können. Dawson berichtet in seinem Artikel über die Ergebnisse einer längeren Studienreise, die ihn nur auf dem an der deutschen Ostgrenze entlang geführt und mit zahlreichen Menschen diesseits und jenseits der Grenze in persönliche Berührung gebracht hat. Er kann daher mit Recht über die Leute spotten, die den Vertrag von Versailles im Scheitelfuß, in einem bequemen Stuhl sitzend durchsehen, anstatt sich über seine Auswirkungen an Ort und Stelle zu unterrichten. Wir hätten seinerzeit im „Ostland“ schon auf Dawsons Arbeit hingewiesen, geben in nachstehendem jedoch mit Rücksicht auf das klare Urteil, das der Engländer über die wichtigsten Problemstellungen der Ostgrenze fällt, einige weitere Auszüge wieder. (Der Artikel ist inwieweit auch in deutscher Übersetzung erschienen als Sonderdruck der Wochenchrift „Der Deutsche Weg“ in Köln.) Dawson schreibt u. a.:

„Europa hat in der Vergangenheit manche weitgehenden Umwälzungen erfahren, doch da diese in Zeiten geschehen, da die politische Lage dauernden Wandlungen unterworfen war und die kulturellen Zustände mehr oder weniger in ihren Anfängen lagen, so bedeuteten solche Veränderungen, selbst wo sie das Ergebnis von Kriegen waren, doch häufig kulturelle Fortschritte. Die durch den Vertrag von Versailles erzwungenen Annexionen dagegen bedeuteten die Auflösung von alten, hochentwickelten und blühenden Gemeinwesen, die das Zusammenhängen mehr oder nicht-bekannter Gebiete, die allgemeine Fortschritt und den glücklichen Gleichgewichtes der Freiheit, Ansehens, Landwirtschaft und Handel. Sie bedeuteten den Ruin für den Landwirt, den Händler und den Arbeiter in gleicher Weise und führten sowohl Stadt wie Land in Verwirrung und Elend.“

Zeichen der alten Blüte (aus der Zeit der preussischen Herrschaft) sind in den entliehenen Gebieten natürlich noch in großer Zahl unter der neuen Bevölkerung vorhanden, genau wie die Münze eines Landes unangekündigt meistert, obwohl es nicht, obwohl der Kredit, auf dem die Währung beruht, geringer geworden sind. Aber

der Wohlstand verschwindet. Die polnische Verwaltung lebt von dem wirtschaftlichen und kulturellen Kapital, das durch Generationen hindurch von den Deutschen geschaffen worden war. Die Wägen, die den Verkehr weiter aufgeschoben sind... Wenn man Deutschlands Anspruch auf Rückgabe des Korridors auf die Kulturarbeit gründet, die dort von Deutschland geleistet wurde, so ist kein Anspruch meiner Meinung nach unannehmbar... Was im Laufe der Jahrhunderte aus diesem Gebiet wurde, was es heute ist, ist einzig deutscher Regie, deutscher Fürsorge, deutschem Unternehmungsgeist und Fleiß und deutscher Anstrengung zu verdanken. Deutsche haben die Welt beherrscht, als es die und hier lag, Deutsche haben es zuerst erschlossen, Deutsche geben ihm Kultur und Wohlstand. Hieraus gehen die Polen und Angehörige zahlreicher anderer Rassen ihren Nutzen, zunächst in abhängiger Stellung, später in Gleichberechtigung mit den Deutschen...“

„Gleichheit der Korridor eine künftige Bedrohung des Friedens; da er doch früher oder später von Polen wird aufgegeben werden müssen, so könnte Polen seinen eigenen Interessen nicht besser dienen und Europa keinen größeren Dienst leisten, als wenn es einer Wiederabstritung zustimmt, solange eine freundschaftliche Lösung möglich ist, unter der Bedingung, daß Polen die jüdischen Bundesstreifen behält (hiermit meint Dawson wohl einen Teil des Polener Landes) und daß ihm alle für seine Schifffahrt und seinen Handel notwendigen Einrichtungen gewährt werden... Man muß sagen, daß die Schwierigkeiten, die Korridorfrage belastet zu sein, sind größer, als wir uns vorstellen können, nach dem, was wir wissen, obwohl wir sich überzeugt, daß sie für das Rüssen und den Willen anderer Staatsmänner nicht unüberwindlich sind, wenn erst einmal die überragende Notwendigkeit der Regelung dieser Frage für den europäischen Frieden erkannt wird und sich erst in der Welt allgemein den Ernst dieser Erkenntnis verbittert durchgesetzt hat.“

Interessantes der Arbeit des Deutschen Ostbundes durch Werbung neuer Mitglieder und „Ostland-Bezieher“!

Der Deutsche Offbund und die Todesurteile des Sondergerichtes in Beuthen O.-S.

Wie mir schon in der letzten Nummer kurz mitgeteilt haben, hat das Präsidium des Deutschen Offbundes bezüglich der fünf Todesurteile des Sondergerichtes in Beuthen O.-S., Eingaben an die zuständigen Stellen gerichtet, in denen es um die Berücksichtigung der ganz besonders gelagerten national-politischen Verhältnisse in Oberbeschießen gebeten hat. In einer Eingabe an Oberbürgermeister Dr. Tracht, den Stellvertreter des Reichskommissar für Preußen, hat es ausgeführt:

Sehr verehrter Herr Reichskommissar!

Bei der Erledigung der Anträge auf Begnadigung der von dem Sondergericht in Beuthen (Oberbeschießen) wegen Ermordung des Arbeiters Pietrzyk in Potempa verurteilten Angeklagten erlauben wir uns um nachvollziehende Berücksichtigung der nachfolgenden Gesichtspunkte durch Sie und die anderen beteiligten Stellen zu bitten:

Von Seiten der Vertretung der Angeklagten ist in der Gerichtsverhandlung schon darauf hingewiesen worden, daß bei der psychologischen Beurteilung der Straftat die eigenartig gelagerten nationalpolitischen Verhältnisse Oberbeschießens insofern mitberücksichtigt werden müßten, als der Ermordete ein Mann von national-politischer Einstellung gewesen sei, der sich auf polnischer Seite an den politischen Auffassungen beteiligt habe, bei denen maßlose Grausamkeiten gegen deutsche Männer und Frauen in großer Zahl begangen worden sind, worüber erfährtendes amtliches Material vorhanden ist. Seit jener Zeit ist eine starke Erbitterung durch den Verstoß und polnisch getriebenen Bevölkerung in Beuthen oberbeschießens vorhanden, die auf beiderseitige Seite dadurch gesteigert worden ist, daß seiner Zeit jene Polen, die während der Aufhänge die schlimmsten Grausamkeiten gegen die deutsche Bevölkerung verübt haben, durch die Amnestie freigesprochen sind. Die Erbitterung der deutschen Bevölkerung in Westoberschlesien ist weiter gesteigert worden durch die schlimmen Terrorakte, die vor den letzten politischen Wahlen in Oberbeschießen gegen die deutsche Bevölkerung verübt worden sind, wobei viele Deutsche Leben und Gesundheit eingebüßt haben.

Wir sind wohl davon entfernt, blutigen Terror in Schutz zu nehmen, gleichwohl, um wenn er verübt wird, bitten aber als Interessenvertretung des ostmärkischen Deutschtums, bei der Frage, ob das Beuthener Todesurteil ausgesetzt oder durch einen Gnadenakt abgemindert werden soll, die oben kurz dargelegten Verhältnisse zu berücksichtigen. In weiten Kreisen, auch derjenigen Bevölkerungsschichten, die harte Maßnahmen wegen des blutigen Terrors für notwendig halten, würde man es schwer vertragen, wenn früher politischer Unfug wegen Unbedachtens Grausamkeiten gegen Deutsche die man wegen ihrer unbedachten Taten und Verbrechen, in großer Zahl freigesprochen sind, während jetzt Deutsche hingerichtet werden sollen, die zur Zeit der Begehung der fraglichen Straftat kaum haben willen können, daß etwa eine Stunde vorher eine Verordnung in Kraft getreten ist, durch die für derartige Straftaten die Todesstrafe eingeführt worden ist.

Vas Gesamtpräsidium des überparteilichen Deutschen Offbundes, dem Mitglieder der verschiedenen Parteien angehören, hat einstimmig beschlossen, Ihnen, hochverehrter Herr Reichskommissar, die obige Bitte um Berücksichtigung der nationalpolitischen Verhältnisse in Oberbeschießen vorzutragen, bittet dringend um Berücksichtigung dieser Bitte und wäre für einen möglichst baldigen Bescheid dankbar.

Abschriften dieser Eingabe sind mit besonderen Anschreiben Herrn Reichskommissar von Papen und dem preußischen Justizminister mit der Bitte um Berücksichtigung überandt worden.

In den Eingaben ist vermieden worden, auf die juristische Seite der Sache irgendwas einzugehen. Wir haben uns lediglich darauf beschränkt, die bringende Bitte auszusprechen, daß bei den Entschuldigungen, die bezüglich der Anträge auf Begnadigung der von dem Sondergericht in Beuthen, Oberbeschießen, wegen Ermordung des polnischen Arbeiters Pietrzyk in Potempa verurteilten fünf Deutschen zu treffen sind, die nationalpolitischen Verhältnisse in Oberbeschießen berücksichtigt werden möchten, weil hier Ausnahmeverhältnisse vorliegen, wie sie in anderen Teilen des Reiches nicht in Betracht kommen. Diesem Wergehen ist eine eingehende Erörterung der Angelegenheit im Gesamtpräsidium des Deutschen Offbundes vorausgegangen. In den Streit der Parteien, der sich um die Frage angeht, ob es nicht, das Präsidium des Deutschen Offbundes in keiner Weise angemeinigt, daß es von den zuständigen Stellen der Hinweis auf die nationalpolitischen Verhältnisse in Oberbeschießen berücksichtigt werden möge. Wir können feststellen, daß unsere Mitglieder, gleichviel, auf welchem Parteifeldpunkt sie stehen, volles Verständnis für das Wergehen der Bundesleitung haben, wie es das der diesbezüglichen Veröffentlichung in der vorigen Nummer demist.

Was die Anträge auf Wiederaufnahme des Verfahrens in der oben-erwähnten Prozedur angeht, so sind wir überzeugt, daß sie durch die zuständigen Instanzen eine objektive Würdigung und Erledigung finden werden.

Was hoch Inhaber der deutschen Rechtspflege in ein Rechtsgut, das nicht hoch genug geschätzt werden kann und das zu den wichtigsten Fundamenten des Staatslebens gehört. Darum sollte auch in erbitter-

ten Streit der Parteien danor haltgemacht und nichts getan werden, was das Aufehen der deutschen Rechtspflege im In- und Auslande zu beeinträchtigen geeignet ist.

Die „Kasseler Post“ schreibt in Nr. 236 zu dieser Stellungnahme des Deutschen Offbundes a. a.:

„Durch diese jene Intervention hat der Offbund die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit im Falle Beuthen auf ein ganz neues, bisher noch nicht so allgemein bekanntes Verbrechen aufmerksam gemacht, auf den Offbund sich in der Beurteilung jeder Gewalt- und Bluttat mit allen rechtlichen und friedliebenden Deutschen vollkommen einig, nur steht er, unabhängig zunächst von dem Beuthener Fall, auf dem durchaus verständlichen Standpunkt, daß grenzüberschreitende gewalttätiger Art anders zu mögen und zu beurteilen sind, als sonst irgendwo im Reich.“

Sieht an der Offgrenze handelt es sich bei den seit 1918 fast allseitigen Zusammenstoßen zwischen Deutschen und Polen in den allermeisten Fällen weniger um die Austragung innerpolitischer Parteistreitigkeiten, als vielmehr um einen häufigen Grenzkonflikt zwischen Deutschtum und Polentum. Will man die ungeliebte Tat von Potempa richtig einschätzen und beurteilen, dann darf man dieses Moment nicht ganz außer acht lassen. Das Polentum — hier in Oberbeschießen meist vertreten durch vom Kommunismus gehörige polnische Grabenarbeiter, meist führende Injuranten — steht bei dem nationalen Deutschtum, das seine Hauptkräfte in den SA- und SS-Verbinden der WeCPA, gefunden hat, mit erbitterter Feindschaft gegenüber. Nicht um die Veranschaulichung deutscher Rechts- und Linkspartheien geht es hier, sondern um den Lebenskampf des gelamten Deutschtums gegen das machtlifertere Polentum, zu dem sich allerdings dann auch noch der Kampf des deutschen Nationalbewußtseins gegen den marxistisch-moskowiischen Internationalismus gesellt. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet er erhält man von der Tat an dem ehemaligen Injuranten und polnischen Kommunisten Pietrzyk, die wie folgt, jeder rechtlich denkbare Mensch verurteilt wird, denn doch ein ganz anderes Bild, zumal dem Vernehmen nach dieser Tat ein Überfall von dem mit dem Stöterten verbündeten Kreise auf national eingestellte Deutsche vorangegangen ist. Diebst 10 die Bluttat an sich auch noch wie vor sich abspielen und zu verurteilen, so erscheint sie doch in einem weniger trüblichen Licht, zumal auch dem Taten bei Wegung ihrer Tat die verfahrensten Straftatbestimmungen der Rotorordnung vom 9. August noch gar nicht erachtet gewesen sein sollen. Bei Berücksichtigung aller dieser bisher erwähnten Umstände aber dürfte ein Eintrag im Wiedererfassung des Verfahrens bei einer Begnadigung der zum Tode Verurteilten wohl gerechtfertigt erscheinen. Ihre Tat soll nicht aufsehend, wohl aber nach Lage der besonderen Umstände und Verhältnisse gegebenenfalls milder betrachtet und beurteilt werden.“

Wie hier das grenzüberschreitende Deutschtum gerade im Osten unter der fortgeschrittenen Aufhebung polnischer Elemente zu leiden hat, das möge übrigens in diesem Zusammenhange noch ein anderer Fall dartun, der sich erst kürzlich an anderer Stelle der Offgrenze in Kreize Slonow ausgegossen hat und der sehr leicht nach der einen oder anderen Seite hin einen ähnlichen Ausgang hätte nehmen können, wie der Fall Potempa. Dort überfiel ohne jede Veranlassung in einem Lokal anlässlich eines Saueerwehrens eine starke polnische Bande eine kleine Abteilung von SA-Leuten, tötete diese vollständig ein, bedrohte sie mit Prügelein und bemarf sie mit faulgeruchten Steinen, so daß ein Teil der SA-Leute nicht unerheblich verletzt vom Platze gestolpert werden mußte, als die SA-Leute die Verurteilung abgaben, stützten die Polen auf die Straße, wo sich nacheinander ein Schläger entspann, bei der die Polen mit Serken, Drehschlegeln und Zornlatzen gegen die Deutschen voringen. Erst durch das energische Einschreiten der Polizei fand die Schlägerei ein Ende. — Auch dieser Vorfall dürfte beweisen, daß politische Zusammenstöße an der Offgrenze anders zu bemerten sind, als in den sonst üblichen Fällen. Hier handelt es sich eben letzten Endes um Grenzlandkämpfe nationaler Selbstbehauptung, die vom allergrößten Teile mit der unangenehmen Grenzliniung und dem damit zusammenhängenden Unbehagen der zum Teilweise Deutschtums und des Deutschtums eng verknüpft sind. Mögen solche Grenzverhältnisse in den meisten Fällen glimpflich ablaufen, als der Fall Potempa, aufhören werden sie bestimmt erst dann, wenn der Grenzfrevel im Osten wiederbegangen worden und das deutsche Volkstum im Ostland in seinen Lebensgrund nicht mehr bedroht und geschmälert ist.“

Wendische Studenten.

Seit einiger Zeit halten sich Studenten des pädagogischen Instituts der Wendenischen Hochschule in Dresden auf Einladung der Warschauer Regierung bejuchweise in Polen auf. Es handelt sich um Angehörige der sogenannten wendischen Minorität, also um deutsche Staatsbürger. Diese Leute benehmen sich in Polen — wie man hört — in einer Weise, die es geboten erscheinen läßt, sie nach ihrer Rückkehr etwas näher in Augenschein zu nehmen. Schon die Tatsache, daß die Höhe der polnischen Gastgebühren ein charakteristischer Sinn und Zweck ihres Aufenthaltes zur Genüge,

Getriebene Freundschaft.

Seitdem Sekretär in Frankreich an der Regierung ist, scheint das französisch-polnische Verhältnis etwas kühler geworden zu sein. Nicht etwa, daß Herrit eine Antipathie gegen die Polen empfinde; im Gegenteil; er hat in früheren Jahren als Ministerpräsident, Parteiführer und Brissonnais häufig genug seine Polemferdschaft zu erkennen gegeben. Er ist auch sonst genug, um sich den Krampf, den ein Zusammengehen mit Polen gegen Deutschland bedeutet, nicht so ohne weiteres aus der Hand nehmen zu lassen. Aber die Verhältnisse zeigten ihm, sich in seiner Freundschaft zu Polen einige Zurückhaltung aufzuerlegen, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet. Das hat man ihm in Polen nicht vermerkt. Zunächst sind bei der Schmelzung der Staatsbank des Polen bei der Teilnahme an antichamber betriebl. Damit ist auch das französische Kapital der allgemeinen Reizung des Auslandskapitals, sich aus Polen zurückzuziehen, gefolgt. Ferner ist da die mehr als unzureichende Haltung der französischen Regierung gegenüber den polnischen Emigranten, die sie in Italien über die Grenze abschiebt bzw., soweit sie sich schon französischer Staatsangehörige sind, an der Ausübung ihrer nationalen Minderheitsrechte behindert. Schließlich erinnert man sich in Polen auch noch daran, daß der Versuch der Dekretation des Kardinals als polnisches Bismarck keine Rückstufung genommen hatte; und man ist durchaus noch nicht im klaren darüber, wie sich etwa das Diktat, das Österreich in Lusanne aufzulegen worden ist, und dessen weitere Folgen auf Polen auswirken werden. Man ist in Warschau über all diese Maßnahmen Frankreichs, die die seit Jahren gehobene weitgehende Rückstufung auf den polnischen Bundesgenossen verfallen lassen, verstimmt; man ist mißtraulich geworden, zumal man sich in Polen auch noch glaubt, eine deutsch-französische Anbahnung fürchten zu müssen.

Daraus erklären sich noch die verärgerten Verläufe der Warschauer Regierung, sich von der einseitigen Anbahnung an Frankreich zu lösen. Es hat auch früher schon derartige Verläufe gegeben; es ist damals aber stets bei erfolglosen Anfängen geblieben. Ob diese Verläufe, sich auf die eigenen Ziele zu stellen, diesmal weiter geben werden, läßt sich nicht sagen. Jenseitig ist die endgültige Befreiung der polnischen Armeen von der russischen Verbündung durch die französisches Militärmissionen, die bekanntlich am 1. August in Polen verfallen hat, als ein Schritt in dieser Richtung zu werten. Ein weiterer Schritt ist die Unterzeichnung des Nichtangriffspaktes mit England gewesen; das eigenmächtige Vorgehen der Warschauer Regierung in dieser Angelegenheit hat nicht nur in Bukarest, sondern auch in Paris lebhaften Unwillen erregt. Schließlich hat Polen seine schon im Jahre 1930 aufgenommenen, damals aber fast wieder im Sande verfallenen Verhandlungen, sich zum Südbar der osteuropäischen Handelszonen aufzunehmen, erneuert.

Auf Einleitung der Warschauer Regierung haben sich am 22. August in Warschau die Vertreter von acht ost- und südobereuropäischen Staaten zu einer neuen Agrarkonferenz versammelt. Es waren vertreten: Estland und Lettland, Polen und die Tschechoslowakei, Ungarn, Südschweden, Rumänien und Bulgarien. Während die früheren gemeinsamen Verhandlungen der Ostagrarkontingente unter polnischer Führung in erster Linie dazu bestimmt waren, eine handelspolitische Einheitsfront gegenüber Deutschland zu bringen, hat Polen diesmal den Versuch unternommen, die Ostagrarkontingente als Schuldenländer zu einer gemeinsamen Front gegen die west-

lichen Gläubigerkräfte zusammenzufassen. Der frühere polnische Finanzminister Matuzewski begleitete die Eröffnung der Konferenz in der offiziellen „Gazeta Polska“ mit einem begeisterten Kommentar, in dem er die Aussicht, durch Fortsetzung der Agrarkonferenz den jüdischsten Handelspreisen die Spitze zu bieten, ist, wie die letzten Jahre gezeigt haben, außerordentlich gering. Aber eine andere Waffe bleibt den Agrarländern. Sie alle sind zugleich auch Schuldnerländer. Sie müssen jetzt erklären: Wenn sie auf den Märkten der Gläubigerstaaten nicht bevorzugte Bedingungen für den Absatz ihrer Produkte erhalten, so können sie auch ihre Schulden nicht mehr in der bisherigen Weise bezahlen. Es muß also eine entsprechende Verständigung zwischen den Gläubigern und Schuldner erfolgen.“ Damit ist die Absicht, die Polen auf der Warschauer Konferenz verfolgt hat, sehr eindeutig festgelegt worden. Polen hat aus den Erfahrungen der letzten Jahre gelernt, daß es kaum möglich ist, die Agrarländer als Produzenten, die auf ihren unverkauflichen land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnissen feststehen, zu einer einheitlichen Haltung gegenüber den mittel- und westeuropäischen Substitutionsländern zu bewegen, weil die Verfassung für jeden einzelnen, um irgendwelcher Sonderinteresse willen aus der gemeinsamen Front auszuweichen, immer zu groß ist. So hat Polen diesmal einen anderen Weg gewählt: Es operiert an die Solidarität der östlichen Agrarländer als auch gleichen Schicksal betroffener Schuldner, die es dazu zu bewegen versucht, ihre Schulden nur dann zu bezahlen, wenn ihnen die Gläubiger entsprechende handelspolitische Vorteile, d. h. eine Verlagsabhandlung für ihre Getreide und ihre Holz zu gewähren bereit sind. Das ist ein Versuch, der, wenn er Erfolg hätte, nach dem Vorgang an die Bildung einer von Polen geführten osteuropäischen Gemeinschaftsfront gegen Frankreich, als dem Hauptkreditgeber der Oststaaten, hinauslaufen müßte. Allerdings hat es sich bei diesen Bemühungen Polens auf der Warschauer Agrarkonferenz nicht bloß um einen theoretischen Vorstoß gegen Frankreich gehandelt, sondern um den sehr realen Versuch, die Ostagrarkontingente, namentlich die Donauländer, kurz vor der Konferenz von Strefa in einen Gegenakt zu Frankreich hineinzumanteln. Dazu ist Strefa nach Frankreich und in Konstanz mit der völligen Bekämpfung Österreichs begonnene Werk der Organisierung des Donauraumes fortsetzen. Polen fürchtet nicht ohne Grund, daß ihm in den französischen Donauplanen nicht der noch ihm beabsichtigte Ploß eingeräumt werden wird. Es will sich aber nicht durch eine Südbündelung etwa im Sinne Carduius wirtschaftlich und politisch aus dem Donauraum ausschalten lassen. Wenn man das alles bedenkt, dann könnte es so scheinen, als ob man demnach in die Tage kommt, in denen die westliche und neuartige Schmelzung eines französisch-polnischen Marktcomplexes um die Führung im europäischen Südboden zu erleben, wobei Deutschland diesen Ereignissen wohl mit gebundenen Händen zusehen mußte, da ja die Regierung von Polen in Lusanne durch ihre passive Haltung das Zustandekommen eines Südbündnisses ermöglicht hat. Es ist kein Zweifel, daß sich das französisch-polnische Verhältnis merklich abgekühlt hat und daß die beiden Bundesgenossen seit einiger Zeit mehr oder weniger auseinander ausweichen haben. Aber eines verbindet sie doch immer wieder: der blühende, beiden gemeinsame Gegenakt gegen Deutschland, das, wie sie fürchten, aus ihrer gegenseitigen Entfremdung nur Nutzen ziehen könnte.

Die Danziger Kontingente.

Der Senat der Freien Stadt Danzig hat noch anders an den hohen Kommissar des Völkerbundes einen Antrag zur Einleitung einer Untersuchung über die Einfuhr von Getreide in die Freie Stadt Danzig hat nach dem Warschauer Abkommen, das die Wirtschaftsunion zwischen der Freien Stadt Danzig und Polen begründet, bekanntlich das Recht, zu bestimmen, welche Höchstmengen von Waren zum Zwecke des Verbrauchs ihrer eigenen Bevölkerung sowie für den Bedarf der eigenen Industrie, der eigenen Landwirtschaft und des eigenen Handels im Rahmen der Produktionsfähigkeit nach oder von dem Gebiet der Freien Stadt Danzig zu Ein- und Ausfuhr zugelassen werden können.“ Von diesem Recht hat Danzig seit 1922 Gebrauch gemacht. Es hat jedoch durch Vereinbarung mit Polen die angemessenen Höchstmengen im Laufe der Jahre allmählich so weit herabgesetzt, daß sie im Jahre 1931 nur noch etwa die Hälfte der ursprünglichen Mengen betragen haben, da sich die Danziger Wirtschaft allmählich der polnischen anpasste und die polnische Industrie sich so entwickelte, daß sie die Bedürfnisse Danzigs zum Teil befriedigen konnte. Polen will jedoch die Danziger Kontingente, die der Danziger Wirtschaft eine gewisse Selbständigkeit gegenüber Polen verleiht, völlig beseitigen. Es hat aus diesem Grunde zunächst im vergangenen Jahre seinen indirekten Kampf gegen die Danziger Kontingente eröffnet, indem es seinen bekannten Boykottfahrig gegen die Waren Danziger Ursprungs einleitete, der sich auf dem Vormarsch gründet, daß die von Danzig nach Polen eingeführten Waren solche Kontingentwaren, deren Einfuhr nach Polen unterlag ist, enthalten. Darüber hinaus hat Polen am 1. April auch einen direkten Angriff auf die Danziger Weizenkontingente in förmlicher Form eingeleitet, indem es durch Verordnung vom 26. März Einfuhrhöchstwerte festsetzte, denen auch die

Danziger Kontingentwaren unterworfen sind. Da diese Höchstwerte zum in ihrer ursprünglichen Einfuhrhöhe gleichmäßig in die Freie Stadt Danzig in höherer Maße die Möglichkeit genommen, ihre an sich zu gelassenen Kontingente auszuheben. Die Waren, die Danzig auf Grund obiger Bestimmung des Warschauer Abkommens für seinen eigenen Bedarf einführen berechtigt ist, werden durch die neuen polnischen Höchstwerte, die je auch auf das in Konvention mit Polen lebende Danzig Anwendung findet, direkt vernein, daß ihre Einfuhr unmöglich wird.

Im gleichen Maße die Danziger Einfuhr durch die Zollpolitik Polens abgerührt worden ist, geht daraus hervor, daß der Abruf der Danziger Kontingentwaren in den ersten drei Monaten nach Inkrafttreten der Maximalität, also in der Zeit vom 1. April bis zum 30. Juni d. J., auf weniger als 10 v. H. der Mengen, die als normaler Höchstmengenbedarf für diesen Zeitabschnitt festgelegt sind, und auf weniger als durchschnittlich 20 v. H. des frühesten Abfalls im letzteren vorausgehenden Wertjahr gelangen ist. Die „Berliner Börsenzeitung“ gibt eine Reihe von Beispielen für die verheerende Wirkung der polnischen Maximalität, die hier durchaus keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt: Mehrertragskörper 1. H. sind durch die Maximalität mit 200 v. H. und das Einlandspreises Zoll befallen, so daß ihr Absatz ganz unterbunden ist. Die Danziger Kristallgläserfabrikation ist früher das Regal für ihre Produktion fast ausschließlich aus Deutschland ein. Die Zollbelastung beträgt jetzt für Regal das durch den Maximalität 550 v. H. des Einlandspreises. Sie würde die Fertigfabrikate um etwa 50 v. H. verteuern. Diese Höhe ist für die verarbeitenden Waren untergeordnet kaum fortsetzen. Mitgeteilt sei auch, daß jetzt in Danzig eine in Polen

hergestellte Schreibmaschine zu dem außergewöhnlich hohen Preis von 465 G. angeboten wird, was auch nur durch die Einführung der Maximalzölle möglich ist.

Daselbe Bild zeigt ein Verzeichnis der auf Danziger Kontingent abgerechneten deutschen Warenquanten in den letzten drei Monaten vor und in den ersten drei Monaten nach Inkrafttreten der Maximalzölle. Es wurden abgerechnet früher 38 538 Kg. Leder, jetzt nur 1586 Kg. Delfinale früher 2974 Kg., jetzt nur 65 Kg. Schwamm früher 25 580 Paar, jetzt 21 Paar, da sich 3 Paar ein Paar Eiserbahnstühle durch die Maximalzölle von 19 85 G. auf 57,10 G., ein Paar Damenkleidung von 27,30 G. auf 57,10 G. verteuert haben. Während früher an Sattlerwaren 565 Kg. abgerechnet wurden, sind jetzt nur 24 Kg. Galanteriewaren wurden dort dem 1. April in einer Höhe von 5590 Kg., jetzt nur in einer Höhe von 278 Kg. angefordert. Gewebe und Körperwaren sind von 20 731 Kg. auf 4036 Kg. zurückgegangen. Halbfabrikate und Erzeugnisse aus Gummi von 9180 Kg. auf 1409 Kg. An Handwaften wurden früher 2685 Kg., jetzt nur ganze 55 Kg. verlangt, da für ein einfaches Gewehr, das bisher 60 G. kostete, der Zoll jetzt etwa 59,10 G., also etwa 100 v. H. des eigentlichen Wertes beträgt. U. f. l.

Aus diesen wenigen Beispielen, die aus der großen Zahl der erhöhten Zollpositionen eine besondere Wahl herausgriffen worden sind, um zu zeigen, daß alle Gebiete des Handels und der Industrie der Einführung der polnischen Maximalzölle betroffen worden, ist leicht der ungeheurer Schaden ersichtlich, der dem Danziger Wirtschaftsbereich

durch die allen Verträgen behauptende Zollpolitik Polens erwächst. Dabei muß betont werden, daß die Prohibitivwirkung der Maximalzölle in Wirklichkeit noch viel stärker ist, als sie nach dem oben mitgeteilten Ziffern erscheint, da die Danziger Wirtschaft ihren Bedarf vor dem 1. April zu einem gewissen Teil gedeckt hatte, jetzt aber wieder gemungen ist, neue Einkäufe zu tätigen. Auch durften Waren, die bis zum 31. März d. J. schon unterwegs waren, noch bis zum 1. April zum alten Zollfuß abgefertigt werden. Die vollen Auswirkungen der polnischen Zollpolitik werden sich also erst in dem nächsten Zukunft zeigen. Danzig hat das Recht der Verträge auf seiner Seite. Es kann verlangen, daß der eingangs zitierte Artikel des Warschauer Abkommens auch in Fällen Geltung behält, in denen Polen zwar keine Einfuhrverbote erteilen hat, in denen aber eine Erhöhung der Normalzölle den Charakter und die Wirkung eines Zolls erhöhts hat. Polen muß sich dazu bereit finden oder es muß dazu geneigt sein, die in Anwendung von Zöllen, die einem Einfuhrverbot gleichkommen, bei der Verzollung von Waren, die im Sinne des Warschauer Abkommens als Danziger Bedarfkontingente gelten, zu unterlassen. In dieser durch die Ratologie und die Bedürfnisse der Danziger Wirtschaft angegebenen Richtung dürften sich die Anträge bewegen, die der Danziger Senat jetzt an den hohen Kommissar des Völkerbundes um Schutz seines Kontingent-Reservatrechts gerichtet hat.

Von den Polen in Deutschland.

Die Polenrevolte in Slumen.

Der überall polnischer Minderheitsangehöriger auf SA-Verste in Slumen, Herr Jlaton, hat die maßlose Verhöhnung der grenznäherlichen Polen in vollem Maße gezeigt. Die Zeitung der Standarte 149, der die von den mit Milchkorn, Drehschlageln, Jauentallen u. m. besetzten Polen, die schwer verletzten SA-Leute angründeten, hätte in ihrem ersten Heft die Zusammenfassung der „Zute in unserer Heimat wird nur dann hergestellt, wenn die Staatsanwaltschaft den berüchtigten Deutschbohemer Domanki einmal etwas über unter die Lupe nehmen würde, denn das Sündenregister dieses Herrn ist so groß, daß in einem wohlhabt deutschen Staate der Mann nicht einen Augenblick länger in unserer Heimat verbleiben dürfte.“ Die Staatsanwaltschaft hat sich über das Verbleibe ihrer ersten Maßnahme — es waren bekanntlich eine Anzahl SA-Leute verhaftet worden — sehr bald orientiert. Die Untersuchungen, die das gesgericht Jlaton zusammen mit dem Schenkwächter Oberstaatsanwalt am Ort und Stelle durchgeführt haben, haben ergeben, daß die beschuldigten SA-Leute „wenn nicht in Rotwehr, so doch mindestens in vermeintlicher Rotwehr gehandelt haben“, und daß dem Vorgehen der SA-Leute unmitttelbar ein Angriff von polnischer Seite vorausgegangen ist. Auf Grund dieser Feststellungen ist dann auch auf Antrag des Oberstaatsanwaltes der gegen die SA-Leute erlassene Haftbefehl aufgehoben worden. Die polnischen SA-Leute im jenseitigen aus einer weiteren Erläuterung des „Umständlichen“ SA-Leute der Polenrevolte in Slumen folgendes wieder: „Es stimmt, daß die SA-Leute in das Gebiet des Polenführers Michalki eingedrungen sind, aus dem sie mit Steinwürfen angegriffen wurden. Es stimmt aber auch, daß dies im Augenblicke des Angriffs geschah, also in berechtigter Rotwehr. Es stimmt auch, daß die Polen in ihrem eigenen Gebiet nachträglich die beschuldigten vorzunehmen, eine Schuld der SA-Leute zu konstruieren. Zur Kameradschaft der Polen die unterstehenden Gerichtsbeamten beim Lokalermittler hinter diesen esch polnischen Trick. Der ganze Apparat des Herrn Domanki mag aufgeben gewesen sein, um die Catelbände zu verdunkeln. Dem rutschen Eingreifen der jultändigen SA-Leührer ist es zu verdanken, daß dies nicht gelang. Slumen, das ist ein Flammenzeichen ihrer brach es einmal heraus, was lange und wohlberätet unter der Decke schmeit. Wäre dieser Fall auf polnischer Seite vorgekommen, hätte deutsche Behörden sich in solcher Form gegen ein Leute eines vom polnischen Wismarkensereis vergangen. Wie würde die ganze polnische Presse, die die ganze Welt überwallen von polnischem Geschrei; die Leter würden aus dem polnischen Juchthäusern überhaupt nicht mehr herauskommen, sofern die Bevölkerung sie überhaupt lebendig in die Hände der Verbörden gegeben hätte. In Deutschland aber? In Deutschland ist die erste Maßnahme, die überfallenen nämlich die SA-Leute einzulippen, und erst dann, wenn es gar nicht mehr anders geht, nach Lage der Sachen zu handeln. Wir erinnern uns noch sehr lebhaft an die leinerragende Wismarkensereis in Rikolaisen, wo es angeblich auch SA-Leute gewesen sein sollten, die die polnische Minderheitschule demoliert hatten, und wo dann einige Polen gegeben mußten, daß sie selbst diese sinnlose Zerstörung im Schulraum angerichtet, das Durchdringen dann fotografiert und mit diesen „gestellten“ Bildern im Auslande eine niederträchtige Satze gegen Deutschland betrieben hatten. Wir erinnern uns an diese und ähnliche Vorfälle, wenn wir die wüsten Hebrerinnen lesen, die 3. die Grenzmarken-Beilage der „Gazeta Ostrońska“, der „Głos Pogranicza“ am 19. August in seiner Nummer 34 gebracht hat: „... Auf der Verfolgung“, heißt es da u. a. „... die Bande (damit sind die SA-Leute gemeint) auf Peter Michalki, mit dem sie sich auch in blutiger Weise auseinanderzusetzen und ihn nach dem Gehöft

des Herrn Smukowski jagte. Da die Hiltelreute hier niemanden fanden, richteten sie materiellen Schaden an und ließen zu dem beschuldigten Michalki. Als sie ihn angreifen wollten, wurde Michalki verflochten fanden, brachen sie in das Haus ein und begannen das Werk der Verächtung... Die Wohnung des Michalki bietet das Bild einer vollkommenen Ruine. Die Möbel sind zerfallen, und Blutlufen sind die Spuren derjenigen, die die Wohnungen des Wiederaufbaues Deutschlands und der neuen deutschen Kultur verdrängen.“ Wie in Slumen erzählt wird, li wollten die Angreifer das Gehöft des Michalki anlocken. „Die Stoffsuppler“, heißt es dann weiter, „schleht in der polnischen Schule ein, voraus sich, nachdem sie sich nach dem Friedhof und der Kirche begaben hatten, die Tür zum Gotteshaus und vom Glockenturm lösterten, wobei sie vor der Entdeckung der Kirche nicht zurückstreckten.“ Aus: Wer aus der Wohnung Michalkis eine „Ruine“ gemacht, war die Senter in Schulgebäude zerfallen und die Kirche entsetzt haben soll, das wird sich ja noch herausstellen. Wir hoffen nur, daß die Verbörden dann endlich auch einmal den polnischen Heßblätter eine ihrer Jont so beliebten Jeungsauflagen zukommen lassen. Sie wäre hier um so mehr angebracht, als sich bei Verbörden der polnischen Minderheitspresse ja nicht um eine parteipolische, sondern um eine nationale Angelegenheit handelt; denn wenn der „Głos Pogranicza“ in der ihm geläufigen Weise die Nationalsozialisten anpöbelt, wenn er von den „vertriebenen Hiltelreute“, von den „in der Verächtung und im Blutrigen unarrätlichen Stoffsupplern“ leidet, wenn er die SA-Leute als „Strolche“ und „Höhler“ bezeichnet, dann muß damit nicht die Nationalsozialisten allein gemeint, sondern die Deutschen schlechthin angetastet werden, die gekauften Juchterbranntes, die ihre sehr journalistischen Helfersdienste direkt oder indirekt von der polnischen Gefandtschaft in Berlin ihre Silberlinge beziehen.

„Ratolik Slonki.“

Die Umgestaltung der polnischen Minderheit über deren Fortschritte mit im letzten „Slumen“ an Sande verfahrenen Nachstehen des opanen „Głos Polki“ „Berlin“ berichten, soweit auch in Weßlerbeirungen jetzt seltene Formen annehmen zu wollen. Es ist bekannt, daß das in Kattowitz erscheinende Blatt Korantuz, die „Polonia“, dem Oppelner Polenbandorgan, den „Rozwini Eodniene“, schon seit Jahr und Tag scharfe Konkurrenz macht. Jetzt bemüht sich auch ein anderes Kattowitzer Blatt, in die polnische Minderheit Deutsch-Oberloßlans einzuinjizieren. Der „Gonice Slonki“ zendet sich in seiner Nummer 188 vom 17. August an die „Kontakante im Oppelner Lande“ mit einem Aufruf in einem Aufruf, der man vom 1. September d. J. in dem ganzen Gebiet des „Oppelner Schlesiens“ den „Ratolik Slonki“ bei den Austrägern und vom 1. Oktober d. J. ab bei den Postanstalten bestellen könne. Bis Ende September würden unentgeltlich Probenummern von den Austrägern verbreitet werden. Die Schriftleitung des „Gonice Slonki“ verspricht, daß sich der „Ratolik Slonki“ mit allen mühtigen Fragen aus dem Leben der polnischen Minderheit in Kattowitz befassen und keine Gelegenheit verläumen“ werde, deren „Billige Rechte“ zu verteidigen. „Es geht darum“, heißt es zum Schluß, „eine möglichst große Zahl von Lesern für die älteste polnische Zeitung Schlesiens zu gewinnen, die der „Ratolik“ inoffiziell ist, der von Joseph Chotzimjenski und dann von Jo herorragenden Männern wie Karl Marka, Pfarrer Stanislaus Radziejewski, Adam Kapietanski, Paul Dombek und anderen geleitet wurde.“ Es ist demnach mit einer „Verstärkung“ des „Gonice Slonki“ zu rechnen, die in der polnischen Minderheit in Kattowitz zu rechnen — ein Umstand, der die wachste Aufmerksamkeit aller Kreise verlangt, denen die Sicherung des nationalen Friedens in diesem unkomplizierten Lande am Herzen liegt.

Die slawische Gefahr.

In der „Wolfschen Zeitung“ veröffentlicht Dr. Heim Caspari eine Artikelreihe über die Frage des Geburtenrückganges und die daraus sich ergebenden Gefahren, wobei er sich hauptsächlich auf das Buch „Volk ohne Jugend“ von Dr. Friedrich Burgsdorfer stützt. Im Nr. 415 behandelt er die Frage der Überalterung unseres Volkes, weist darauf hin, daß nach juristischen Berechnungen, wenn in unserer Bevölkerungspolitik nicht ein gründlicher Wandel eintritt, von 1916/17 auf das Jahr 2000 nur noch etwa 47 Millionen Einwohner haben wird und kommt zum Schluß auf den Zusammenhang zwischen dem Geburtenrückgang und der drohenden slawischen Überflutung zu sprechen, indem er u. a. ausführt:

„Wir haben heute sechs Millionen Arbeitslose. Aber wir würden noch freiwillig weniger haben, wenn wir mehr Kinder hätten. Durch das Fehlen von etwa 8 Millionen Kindern sollen zahlreiche Familienbesitzer (Milch, Rindviehzucht, Schweinefütter, Spielmann usw.) aus Rindvieh- und Schweinefütter werden. Die Anschaffung eines Autos, Grammophons oder Rundfunkgeräts, der Besuch von Kinos, Theatern und Vergnügungsorten, die Aufwendungen für Urlaube- und Erholungsreisen sind meisten Kreisen nur durch die Einschränkung der Kinderzahl möglich. Daraus ergibt sich aber, daß die „lebenden“ Kinder nicht etwa ausschließlich oder vorwiegend in den ärmeren Schichten zu finden sind. Wie allemal wird nicht nur das Fehlen des Nachwuchs über kurz oder lang auch in einem Mangel an Arbeitskräften bemerkbar machen müssen. Die „Verhüllungs-Bohle“, die Burgsdorfer schon für dieses Jahr angenommen hat, ist allerdings infolge der beispiellosen Verschärfung der Wirtschaftskrise noch nicht eingetreten. Sie kann aber bei normalen Verhältnissen nicht ausbleiben. Spätestens um die Jahrhundertmitte wird sich die Schrumpfung und Überalterung des

Volkskörpers im Wirtschaftsleben bemerkbar machen. Man wird den Arbeitermangel durch stärkere Heranziehung der Frauen und der alten Leute auszugleichen suchen. Die Annaproduktion ausländischer Kräfte dagegen, wie sie Frankreich über, wäre nicht nur volkswirtschaftlich, sondern auch volksbiologisch und kulturell äußerst bedenklich.

Damit kommen wir zu einem Moment, das bisher nicht berücksichtigt wurde: der internationalen Bedeutung des deutschen Geburtenrückganges. Deutschland wie die übrigen aber noch vorwiegend germanischen Völker (mit Ausnahme von Holland) haben die niedrigsten Geburtenraten Europas, während die slawischen Länder „beraignete“ Überflüsse aufweisen, die selbst die „rohen“ überflüssigen Deutschlands übersteigen. Die slawischen Völker, die vor hundert Jahren ein Drittel der europäischen Menschheit umfaßten, werden bereits 1960 mehr als die Hälfte Polens, Tschechien und die Ukraine, die mit je 30,8 Millionen Einwohnern noch nicht halb so volkreich wie Deutschland sind, hatten 1930 Geburtenüberschüsse, die je um mehr als 100.000 über dem deutschen lagen. Schon 1950 werden diese Länder Frankreich, das heute 9 Millionen mehr Einwohner zählt, überflügeln haben. Ihre wehrfähige Bevölkerung wird um 1960 diejenige Frankreichs und Englands übersteigen und 70 v. H. (gegen heute 42 v. H.) der deutschen ausmachen. Frankreich und Polen, in jeder Richtung, die heute zusammen 12 Millionen wehrfähige Männer besitzen (gegen 12,4 in Deutschland), werden aus dann mit 14,8 Millionen überflügeln haben, da Deutschland nur noch 11,7 Millionen aufstellen kann. Die Schwerpunktverlagerung birgt die ernstesten Gefahren für den europäischen Frieden wie für Deutschland selbst.“

Diese Darlegungen verdienen die ernstliche Beachtung. Der Deutsche Oberrat hat in seinen Beratungen und Veröffentlichungen über Bevölkerungspolitik und Siedlungsnotwendigkeit auf die Bedeutung der hier berührten Fragen immer wieder hingewiesen. Sie sind ganz besonders eindringlich auch behandelt in dem im Verlage des Deutschen Ostlandes erschienenen Buche „Wir handeln oder wir sinken“ von Mittelschullehrer Pijchke, das vergiffen ist.

Neues aus Polen.

Verlufexpport.

In der „Gazeta Warszawska“ veröffentlichte Professor Rymer einen Artikel über den polnischen Zuckerexport. Danach hat Polen im Jahre 1929 298.000 Co. Zucker zum Preise von 134 Mill. Zloty ausgeführt, im Jahre 1930 395.000 Co. zum Preise von 138 Mill. Zloty und im Jahre 1931 395.000 Co. zum Preise von 80 Mill. Zloty. Daraus ergibt sich, daß der Zucker, der exportiert wurde, im Jahre 1929 pro Tonne 450 Zloty kostete, im Jahre 1930 350 Zloty und 1931 292 Zloty. Im laufenden Jahre exportierte Polen den Zucker für 17 Millionen pro Kg., während die Produktion eines Kilogramms 5 bis 60 Groschen kostete. Polen zahlte also für jedes exportierte Kilogramm 30 bis 40 Groschen zu. Das Resultat hat der polnische Konsument, der das Kilogramm Zucker im Inlande mit 1,80 Zloty bezahlen muß und somit gezwungen ist, das polnische Export-Dumping zu bezahlen.

Verhärfter Zollkrieg Polen—Deutschland?

Wie die polnische Wirtschaftspresse mitteilt, werden im Rahmen des Gesamtimportkontingents für Baumwolle, das seit dem 31. Juli 1932 zur Einfuhr nach Polen verboten ist, keine Einfuhrbewilligungen erteilt werden können, sofern das Garn aus Deutschland kommt. Die Ausschließung Deutsch-

lands von Lieferungen im Rahmen des Gesamtkontingents bedeutet eine neue polnische Zollkriegsmaßnahme und steht somit zu dem Sinn des deutsch-polnischen Handelsabkommens vom 26. März 1932 in Widerspruch. Demals hat die polnische Regierung bekanntlich, um die Anwendung des deutschen Gesamtimportkontingents für die unter die im Januar 1932 erlassenen polnischen Einfuhrverbote fallenden Erzeugnisse gewährt. Das jegige Baumwollgarnverbot ist in Erweiterung jener Verbotsstoffe vom Januar erlassen worden. Deutschland war bisher einer der Hauptlieferanten von Baumwollgarn für die polnische Textilindustrie, die auch in den überaus ungünstigen ersten sechs Monaten des laufenden Jahres diesen Artikel für insgesamt 2,6 Millionen Zloty von deutschen Exporteuren bezogen hat.

Immunität der Richter aufgehoben.

Durch eine Koterordnung des Staatspräsidenten wird für die Zeit vom 27. August bis zum 31. Oktober 1932 die durch die Verfassungsmäßige Immunität der polnischen Richter aufgehoben. In dieser Zeitperiode sollen sämtliche polnische Richter, auch ohne ihre Einverständnis auf andere Nachbarn oder in den Ruhestand versetzt werden können. Es ist von 300 Richtern die Rede, die in nächster Zeit abgesetzt werden sollen.

Der „Sieger“ Zmirko.

Das Bemerkenswerte an dem diesjährigen Europa-Rundflug hat in Sportkreisen harken Widerstand gefunden. Als Sieger ging aus dem Flug der polnische Oberleutnant Zmirko hervor. Der Sieg ist damit dem Vertreter eines Landes zugeprochen worden, das bisher im Flugzeugbau eine vornehmlich kleine Rolle gespielt hat und das v. a. allein im vergangenen Jahre nicht weniger als 53 Flugzeugabflüge zu verzeichnen hatte. Aber nicht hiergegen richtet sich die Kritik; vielmehr ist sie gegen den sportlichen Widerstand gerichtet, der Zmirko an die Spitze aller Leistungen stellt. Zmirkos Gesamtleistung wurde mit 461 Punkten bewertet. Unmittelbar hinter ihm folgen die Deutschen Moritz und Vogt mit je 458 Punkten; auch den 4., 6., 7., 8. und 9. Platz belegen deutsche Sieger. Ein verdienter Sieger des Rundfluges wäre der Italiener Colombo gewesen, der auf Anordnung seines Ministers jedoch frühzeitig aus dem Rennen aussteigen mußte. Moralischer Sieger, verdienter Sieger ist der deutsche Oberleutnant Seidemann, der in einem stolzkühnen Fluge einen nicht zu überbietenden Beweis für die große Leistungsfähigkeit deutscher Maschinen und für die Eignlichkeit deutscher Piloten erbracht. Verdienter Sieger auch dieses dritten Rundfluges ist der Sieger von 1931 und 1930, der Deutsche Moritz,

der in der Geschwindigkeitprüfung 27 Stundenkilometer schneller flog als der unvorbereitete Sieger, der Pole Zmirko. Wodurch hat Zmirko den Sieg gewonnen? Durch einen Flug, der in keiner Beziehung an eine besondere Leistung anknüpfte und beinahe der schlechteste Flug des Wettbewerbes war. Und durch eine — Kabine, die glänzender und komfortabler ausgestaltet war als die fastlich gehaltenen Kabinen der deutschen Flugzeuge und die ihm in der technischen Wertung einen großen Punkterfolg sicherte. Das ist keine Eroberung. Das ist schon eine Romantik. Zmirko hat seine Gabe, das Wandertopfel, nur mit verhältnismäßig Unbehagen nach Polen heimzuführen. Sein Erfolg strotzt in keiner Weise die Anerkennung aus, die allgemein Erfolge in flugsportlichen Dingen finden. Desfür haben die Deutschen Seidemann und Moritz die Genugtuung, die Besten gewesen zu sein und nur durch eine falsche Bemerkung um den Namen des Siegers gekommen zu sein. Sie haben eine glänzende Demonstration für den gestellten deutschen Flugspart abgelegt, die auf der ganzen Welt anerkannt wird, wo nicht politische Rücksichten ein Herausstreifen des Polen Zmirko veranlassen.

Ostland-Kultur

Beilage zum „Ostland“, Wochenschrift des Deutschen Hochlandes E. V.

Nr. 5. — 13. Jahrg.

Nach Ostland wollen wir reiten!

2. September 1932.

Winrich von Kniprode. Zu seinem 550. Todestag.

Von Hans Sturm.

„Winrich, Winrich, Ordensanz!“ Diese Worte, so erzählt eine fromme Sage, erklangen über der Gruft der Kirche zu Marienburg, wo man den in einem Stranekampf gefallenen Hochmeister Artberg beigefügt hatte, und veranlaßten die Ordensritter, den Groß-Komtur Winrich von Kniprode zu ihrem Führer zu wählen.

Man schrieb das Jahr 1351. Bei den Einweihungsfeierlichkeiten ging es hoch her. Die Bürger Marienburgs wurden auf dem Ordensfeste bewirtet, man trank jedes Jähler inländischen Wein lieferte. Am anderen Tage war großer Hochfesttag, und der neue Hochmeister, der diesmal listig Schwarz trug und den Vogel von der Krone hobte, wies Schützenkönig. Abends tanzte er den Ehrenzanz, man drei Pfeiler aus Frankfurt aufspitzten und ein Nürnberg Meißlerjänger ein Kriemhild mit vielen Strophen zum besten gab. Auch die Städte ehrten den neuen Ordensmeister: ein Soh von jedes goldenen Schilling kam von Danzig, ein künstlich geformtes Hifthorn von Elbing, ein Stück von der Urbe Kroos in einem silbernen Schrein von Lülau, eine prächtige Stabkirchlein von Marienburger Bürgern und ein reichbedecktes Wams von den Rächtern der Stadt. Diese Gaben hielten drei Tage zur Schau ausgestellt, und jedes Ritter hielt die Ehrenwache. Acht fröhliche Tage dauerte das Fest.

Über Kniprosche Regierungzeit stand wie ein gelbeschlicher Schatten der langwierige Kampf gegen die Litauer. Immer gab es Gefechte und Streifereien, und als der Hochmeister eben ein Turnier auf Vastnacht bei Marienburg ausgeschrieben hatte, begann die große Schlacht bei Zubeau, nicht weit von Königsberg. Das Heer der Litauer, Kallen und Letzen zählte etwa zehntausend Mann, dem der Orden vierzigtausend, darunter achtzehntausend Ritter, entgegenstellte hatte. Unter ungeheuren Verlusten auf beiden Seiten errang der Orden den Sieg, und man schloß einen vierjährigen Waffenstillstand.

Unter den milden Litauern war einer der Tapfersten der Führer Reist, der von Kniprode als Gefangenener großmütig behandelt wurde. Er entkam mit Hilfe eines litauischen Wärdners, kehrte mit einem Heere zurück und belagerte Artberg. Der Hochmeister schlug ihn vor Kaun und lebte ein Wärdnersknechtensleben. Wärdner er auf den Ruinen von Kaun Oben feierte, wurde Reist mit Polen gefangen und später von Jagiello hingerichtet.

Winrich von Kniprode erließ nützliche Gesetze, hielt zehn Großkapitel, legte Schulen an, förderte Wein- und Ackerbau und nicht zuletzt den Handel, mehrte dem Luxus, wahrte Recht und Sitten und mehrte die Macht des Ordens „zu Lande und zu Meer“, wie ein alter Chronist berichtet. Er gründete Winterhöfen, und zwar je eine für jedes Samiten, deren Väter die Lebensmittel von den Familien erhielten, dazu jedes Hofkuchen aus der Ordensküche; auch die höheren Schulen in Marienburg und Königsberg förderte er in jeder Hinsicht. Zur jeden Moment mußte ein Jurist und ein Theologe aus Deutschland geholt werden; selbst seine Ritter hatten sich in Stellung von Rechtsgelehrten zu üben. So kam das Wort auf: Willst du klug sein, so läusche die Herzen von Preußen!

Auch die damalige Seme drang bis in den Osten. Eines Morgens hingen zwei Ritter mit dem Zeichen der Seme an einer Eide vor dem Schloss Marienburg. Man verlangte von Winrich die Unterjagung, aber er schweig. Auf dringlichere Vorstellungen antwortete

er mit fürchbarem Ernst, man solle sich über solche Dinge des Urteils enthalten.

Zu Kniprosche Zeit war der Orden vor allem in der Kriegskunst allen Nachbarstaaten überlegen. Frühzeitig benutzte er die Erfindung des Pulvers und des Feuergetriebes, und die schweren Bomben sollen gar eine Erfindung eines Ordensritters sein. Wohl verstand man sich darauf, Festungen zu bauen, zu verteidigen und zu belagern, ebenso auf das Brückenbauen. Der Hochmeister selbst beschäftigte sich gern mit der Verbesserung der von den Alten überkommenen Wurfmaschinen. Um die Hände bedrohte Gernp basierend mit leichten Reitern schützen zu können, belagerte er sich auch mit der Aufsicht guten Pferdenermaterial; er ließ Pferde aus dem jüdischen Rußland kommen und legte viele neue Geflüge im Ordensland an. Auf seine Anregung hin traten die meisten Städte des Ostens in den Hanseatischen Bund ein, der auf diese Weise in seinen Bestrebungen unterstützt wurde und dazu den mächtigsten Schutz des Hochmeisters, eines der gefürchteten Herrscher des damaligen Abendlandes, gewann.

Winrich kam oft nach Danzig, um mit den Kaufleuten Abwehrmaßnahmen gegen die Seeräuber zu beschließen. Er ließ auch neue Schiffe bauen, die der „Seeräuberei“ dienten. Einmal überließ er 90 000 Mark Silber, die sein Admiral den „Seekönigen“ abgenommen hatte, seiner Flotte. Auf die Handel blühte, ließ er Scoter (Goldmünzen) prägen, von denen zwölf auf einen Dukaten gingen; auf der einen Seite trugen sie das Ordenskreuz, auf der andern den Adler. Städte erheben Schutz und Gerechtlame, mußten dafür aber volle Kornpreise unterstützen, die der Hochmeister erließ und eingehend prüfen ließ. Brandte der Bauer oder Ritter Geld, so ließ ihm die Ordensküche geringe Zinsen das Bistig. Zu dieser Zeit erhielt Thorn die große Orgel mit 22 Pfeifen, die erste Orgel in Preußen, die als das achte Weltwunder angestaut wurde. Bei Aufzügen von Seuchen gab Winrich meile und vor allem nützbirgende Anordnungen.

Gehr befohr war er auch für den Anbau guter Weine. Im Jahre 1376 billte der Orden 603 große Kommen, und als das letzte Hof gefüllt war, ließ er ein frohes Fest mit Hochloß und Tanz. Über ihm einen Dienst erziele oder eine Freude machte, erhielt einige Jähler seiner Kallenburgers Kreisen. Und er besah viele Fremde. König Karl V. von Frankreich landete eine Reliquie des heiligen Kreuzes als Zeichen seiner Verehrung. König Kolimir von Polen kam selbst nach Marienburg, und die Herrscher Rußlands blieben Strände des Hochmeisters trotz der ewigen Feinde mit den „Leuten in Poland“.

Ein Wunsch blieb ihm verlost, nämlich der ruhmreiche Tod in der Schlacht. Er starb mitten in den Beratungen über Wärdner- und Wärdnerfürsorge. Er bat noch die trauernden Brüder, doch bald mit den Litauern zum Frieden zu kommen, jene Richter erhielt die meisten Kleinodien, die er besah, und den Armen wurde ein großes Legat ausgenommen. In einem schönen Herbstabend 1382 schloß er ein für immer und hinterließ ein blühendes Land, ein geordnetes Heerwesen, gefüllte Speicher und zufriedene Bürger und eininhalb Millionen Dukatenrückfälle.

Danze noch blieb sein Name im Volke lebendig, und mit Recht nannte man ihn nach Hermann von Salza den bedeutendsten Führer des deutschen Ritterordens.

Jahrhundertelange deutsche Kulturarbeit in Polen durch die uradelige Familie von Unruh.

(Fortsetzung).

Von G. v. Unruh, Oberleutnant.

über die Stadt Birnbaum wo wiederum eine schwere Leidenszeit gekommen. Aben der Pest machte sich die Geißel des Krieges, den Johann Colmar von Polen mit Karl Gustav von Schweden führte, sehr fühlbar. Unter den vielen Veresungen, mit drückenden Einkunftsverlusten litten die Einwohner am meisten. Dem die kirchliche Betätigung wurde arg gefährdet. Man mochte nicht zur Kirche zu kommen, weil es nicht sicher war, wegen der polnischen Völker und „Vovor (Ängst)“. Der evangelischen Gemeinde gab der Erbberr Christoph v. U., der Sohn Georgs, Stütze und Ermutterung. Das zeigte sich auch bei einem großen Brandunglück, das im Jahre 1668 über die in ihrem Aufstehen schwer gebemte Stadt gekommen war. Auf einem der „Bormerke“ war das Feuer ausgekommen und hatte sich in rasenderen Schritten die Einwohner und viele Einwohner abbedor gemacht. Katastroph und jehemwilt letzte die Hilfe Silzens Christophs ein. Wald entband der noch heute „Kraußbad“ genannte Stadtdell, wo hatte die Bürgerhaft auch in diesen schweren Zeiten an dem ihr so nahe verbundenen oberkatholischen Herrn einen treuen Helfer und in der Arbeit der Kirche den Gläubigsten des Evangeliums. Dem der fremden, der Gemeinde in Liebe ergebene Statof Christoph o. U.

hatte die evangelische Kirche nochmal vergrößert hinein, weil sie bei den Gottesdiensten, die trotz aller Einschränkungen rege besucht wurden, die Scharen der Kirchengänger nicht mehr fohste. Auch eine neue Orgel hatte der gütige Patron bauen lassen und den Glockenturm der Kirche durch einen neuen „Turmstutzen“ d. h. durch einen vierstüben, auf einzeln stehenden Säulen ruhenden Oberbau erhöhen lassen. Auch der Turm wurde im Jahre 1680 mit einer schönen großen Glocke versehen, welche vom Meister Janiskus Sebastianus Wohlant zu Groß-Stogau gegossen war. Der Treantner, vier Stein, vier Pfund war nach der Kirchendruckerei im Gmicht.

Es war kein Sterbentag! und keine überlebliche Sinesart, die Christoph von Unruh eines neuen Schloßes fohre, sich eine Sarsen in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts er ließ auf die Universität zu Copen an. Poland 1639, wobei er noch Besuch der Universität Frankfurt a. O. über Stettin, Lübeck, Hamburg, Bremen, Amsterdam und Haarlem „perpetuieren“ war, als „liber Voronus“ (freier Herr) immatrikulieren lassen und unter seinen Namen „Unruh Christof“ die Worte gefest: „Liberas inasimabilis res est“, d. h. „Die Freiheit ist eine unerschöpfbare Sarsen“. Aber seiner Disputatio hatte er die Worte des

römischen Philosophen Seneca zugrunde gelegt: „Qui ergo generosus? Qui a natura ad virtutem bene est compositus.“ (Wer ist also ein Edelmann? Derjenige, der von der Natur gut Knaben und Mädchen geschaffen wurde.) Der meist in dieser Rede auch die Worte des Gelehrten Cincipius an: „Doch ein qualifizierter Kaufmann dem Staate oder dem Gemeinwesen mehr Nutzen schaffen könne als ein Edelmann, der nur auf sein Wappen tröste.“

Diesem Ratzen wollte er nun auch seinen Untertanen ohne Ausnahme verfallend, indem er ihnen Arbeit und Lohn gab. Unter seiner Anleitung war in zwei Jahren von selbigen Händen das neue Schloss erbaut worden, das auf dem Birnbaumer Domialhofe bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts die Stürme der Zeit überdauert hat.

Auch eine sogenannte Kirchenstube, wie sie im Schloss der Väter gewesen war, hatte der Grundherr einrichten lassen, in der getreulichsten Weise bis zum Jahre 1731 erhalten. An der hoch geräumigen Erkerhalle war das aus Sandstein gebauene und dann mit Farben ausgeputzte Bild des Schlossherrn angebracht worden mit der Unterschrift: „Christophorus von Unruh hat erbaut 1670 dies Haus. Wenn Gott will, so will ich heraus und los es dem, der nach mir kommt, weil ich ein besseres find.“ Das Bild zeigt die äußere rituelle Gestalt des Mannes, der sich unter dem Bilde aber zugleich ein Stück seines gegenwärtigen Lebens in seinen „Platz fand das Bild nach Wiederlegung des Schlosses im Jahre 1731.“ Die Inschrift, die sich unter dem Bilde in der Eingangshalle zum Kaiser-Friedrich-Museum zu Polen.

So hatte die Herrschaft ein neues städtisches Schloss, die Stadt Birnbaum trotz des großen Brandunglücks noch eine Vergrößerung durch Anlage der Altstadt und die evangelische Gemeinde ein zweckmäßiges, schönes Gotteshaus erhalten. Zwei Jahrzehnte günstiger Weiterentwicklung folgten. Das Ansehen der Stadt wuchs. Die Kirchengemeinde samt ihrem Patronatsbezirk land unter dem andern Gemeinden Polens besonders in Achtung und Ansehen. Von einer in Birnbaum am 30. September 1677 festgestellten Synode großpolnisch, lith. Polaken und Patrone ist ein Protokoll vorhanden, das Aufschluß über die gepflogenen Verhandlungen und die gefassten Beschlüsse gibt. Es wies u. a. die Unterthänigen von zwei Laribus, von fünf Sechstelns, einem Bronnikowki und einem Graule an. In diesen Verhandlungen ist jene Operativität der Kirchenpatrone beachtenswert, welche einen Fonds zu sammeln beschließen zur Verbesserung der städtischen Verhältnisse. Dieser jener petrovičische Zug, welcher über der Pfinge der deutschen Mitternachtsfeier der polnischen Gemeinde voranrückte und auch in den Schulen gelehrt wissen will und der eine Bevorzugung der Pöndekinder vor Fremdlingen bei der Anstellung im kirchlichen Amt fordert. Schließlich ist auch der weitberühmte evangelische Sinn erkennbar, der die Einheit der Kirchen des Evangeliums in der Unität fordert und daher auch die Beschlüsse der Generalsynode zu Ebern vom Jahre 1595 anerkennt.

Gleich seinem Vater erkannte Boguslaw die Fortführung der Kirche und ihrer Gemeinde als wichtigste Aufgabe. Dem in Ussa und in Ebern gemessenen Schulunterricht hatte sich im 1697 an das Studium der Unterthanen der D. angeschlossen, die anschlößlich in Deutschland, Holland, Frankreich, England und Italien durchzehr. Nach Übernahme der Herrschaft Birnbaum regelte er die Erbauungsunternehmungen innerhalb des Geschloßhofes in besonderer und gemeinder Weise. Der Neubausiedlung Marine-Hausland umweit Birnbaum verließ er in einer Stiftungsurkunde vom 14. März 1695 bedeutende Privilegien, die er am 22. Februar 1713 erneuert und auf die andern vom Vater gesammelten Siedelungen ausdehnt. 1700 gründet er bei Kirchhof ein Glasbläser, deren von Jahr zu Jahr vermehrter Betrieb vielen ihres Glaubens willen einanderstehen, löblichen und schließlichen Vortun Arbeit und Brot gibt. Bei einigen in der Gegend von Kirchhof liegenden Orten ist der Name „Glasbläser“ mit Anklängen erhalten geblieben. Eine Station an der Straße Wenschen-Birnbaum trägt den jetzt polnischen Namen. Als Abgeordneter des Polener Bezirks war Boguslaw 1696 zum Reichstage von Warchau gegangen. Hier „exzellierte er in besonderer Weise.“ „Weil er ein gelehrter und würdiger Kavalier war, wurde er zu den wichtigsten und höchsten Dignitäten in Polen gelangt, wie, wenn seine Religion hätte verändern wollen.“ Doch davon konnte bei Boguslaw keine Rede sein. Bereits in den ersten Jahren seiner Regierung wurde Birnbaum schwer heimgesucht. Eine am 19. April 1692 in Großdorf unweit der Kirche bei dem Bauern Martin Dörfer, dessen Nachkommen und Namensträger noch heute im Birnbaum und Mescher Kreis wohnen, ausgebrochene Feuersbrunst legte das ganze Dorf, die Kirche, Pfarr-, Schul- und Heiligtümer in zwei Stunden in Asche. Es blieb nur stehen, was die polnische Regierung nach dem zweiten Scheitern im Dorf. — Das mit vielen Kosten und so großer Hülfe erbaute Gotteshaus war dahin. Pfarrer, es war Martin Geller, der Großvater des Dichters Johann Friedrich Gellert, Veiter und Heiligtümer waren obdachslos geworden; viele Gemeindeglieder in Großdorf hatten ihre ganze Habe verloren.

In der vom Vater ererbten Kalkoftr betrieb Boguslaw den Neubau der abgebrannten Kirche so eifrig, daß sie schon am 9. Dezember 1692 geweiht werden konnte, wenn sie auch erst später die innere Ausbesserung und den Sakramenten erhielt. Die Sanfziger für die Stadt Birnbaum mußte er auch in anderer Weise fördern. Eine gewaltige Überschwemmung hatte großes Ungemach gebracht.

Nach schwereren Zeiten sollten über Birnbaum und den Inhaber der Grundherrschaft kommen. Zu Anfang des 18. Jahrhunderts sollte

Karl XII. von Schweden seine großen Kriege gegen Dänemark, Rußland und Polen. Dieses Land wurde der Hauptkriegsschauplatz, und Birnbaum und Ussa waren heute unglücklich viel zu leiden. Die Feinde, die jedoch auch fremdliche Anträge, eine Unterthänigkeit war damals kaum möglich —, welche in die dortige Gegend kamen, nahmen, was sie erhalten konnten, und ließen hinter sich Hunger, Elend, Krankheit, Pest und Tod. Karl XII. war dreimal in der dort mitgenommenen Stadt anwesend und quartierte sich jedesmal im Pfarrhause, „denn auf dem herrschaftlichen Schlosse der kommandierenden Oberstenleutnant Wehrath mit großer Begleitung und vielem Gepäck Wohnung genommen hatte.“ Der damalige Schlichter, ein Herr Freislerger (Superintendent) war, hieß Mathias Balde. Dieser ließ dem Schwedenkönig durch eine herbstgegebene Antrage, nachdem des Grundherrn Vorstellungen und Bitten bei dem Kommandierenden erfolglos gewesen waren, bewegen haben, von seinem Vorhaben, die Stadt beschließen zu lassen, abzuhellen. Durch ein Mißverständnis war bei dem König der Absicht erwidert worden, daß ihm und seinen Truppen in der Stadt ein verlässlicher Überfall drohe. Es waren bereits auf die Mühlendägen am Wehlande der Stadt und beim Zandbergsberge am Wege nach Muchitsa Schanzen aufgeworfen worden. Jedoch wurde dieser mannhafte und furchtlose Stille zum Retter der Stadt. In der bis jetzt in Birnbaum ansässigen angesehenen Familie Badmal, in der seit 1695 etwa das Wundbräcker-Gewerbe bis zum heutigen Tage ununterbrochen ausgeübt wird, wird ein Stock mit silberner Krücke und etwelchen Beschlägen aufbewahrt, den der König der Überlegung, zu der wohl auch ein Badmal gehörte, als „Eidstück“ übergeben haben soll.

Der im September 1706 „unerhoffte und wider aller Menschen Vermuten“ zwischen August II. von Sachsen, König von Polen, und Karl XII. gefasste Frieden von Altirahonä war für Birnbaum seine Entlastung. „Der Herbst in diesem ja Gedeih laufendem 1706ten Jahre war vor die arme Stadt sehr fatal, denn nachdem der schwedische General Marsden von der kron-polnisch-lithauischen und der Moskowitzischen (russischen) Armee, bei welcher auch kalkmische Cartonen waren, unter Kommando des Königs August bei Ralsch gänzlich geschlagen worden waren, entfiel in der Bürgerhaft eine erschreckliche Jagd“, die alle Leute mit ihrer geringen Habe zur Flucht veranlaßte. Es kam auch wirklich eine Partei von Polen, die mehrmals in eigenem Geheiß auf die Stadt einmarschiert waren, um die Stadt und Erpressung Unmenschliches leistete. Das Argte, nämlich die Erpressung von 10 000 Gulden, verordnete Boguslaw unter eigenen großen Kosten abzuwenden. Er nahm auf Gorkin die benötigte Summe auf und erlegte sie, nachdem jeder Appell an der Feinde Mitleiden unerbötlich geblieben war.

Die Kriegspfeiler hörten auch in den nächsten Jahren nicht auf. Aber: trotz der Drangsale verfehmte der Kirchenpatron den Ausbau des Gotteshauses nicht. Der Vater 1708/9 war außerordentlich streng, mit aufsehender Räte und übermäßigem Schmeißel, was im Frühling 1709 wieder eine große Überhebung, ähnlich der im Jahre 1698, in Folge hatte. Die polnischen Väter und die inländ. der Oberflüchtige Dörcker wurden, besonders Dörcker, davon betroffen. „Auch hier bewies Boguslaw seine hochberühmte und mißbilligte Gesinnung, indem er nicht allein die Verpflichtung der Arbeitste aufhob, sondern trotz eigenen Geldmangels Unterthänigen gemährte.“

Nach schlimmer sollte es für Birnbaum Stadt und Land im August 1709 werden, als die Pest hereinkam. Das Sterben setzte in erschreckender Weise ein. Im Verzeichnißbuch der evangelischen Kirche stehen für 1709 die Sterbefälle bis zum Anfang August eingetragen. „Dann aber haben so viele, daß es nicht mehr möglich war, alles zu überleben und einzufahren. Schon am 30. August, gegen die zunehmende Zahl der aus der Stadt und Ussa nach Miesitz, der Seeliger, aber auch hierher kam die Pest, und die Leute mußten sich wieder zerstreuen. Standhaft und gottvertrauen blieb Boguslaw mit den Seinigen zunächst im Schlosse. Erst nach weiterer Ausbreitung der Epidemie verließ er die Stadt und zog nach Gorkin, etwa eine Wegstunde westlich, nachdem er vorher die Abhaltung von Gottesdiensten in der Kirche verboten hatte, aus der einjüngstlichen Begegnis, es könnte, wenn so viele Leute im Gottesbaue besonnen wären, die Pest durch Anziehung noch mehr Ausbreitung finden. Er erbat er an, daß die Geistlichen an andern, pestfreien Orten andern sollten. Und so zog dann, nachdem auch der Seeliger der katholischen Kirche die Stadt verlassen hatte, der Pfarrer Magister Mathias Balde nach Gorkin und der Diakon Johann Sommer nach Rodogel, um von dort aus die umliegenden Ortshäuser seelsorgerisch zu bedienen. An zeit- und eingehender Weise wurden vom Patrone auch die Anordnungen für die Abhaltung der Gottesdienste und der sakramentalen Handlungen getroffen. — So wurde es erreicht, daß in der ersten Zeit des Herbstes kein Kommen von der ardeh-kulturellen, des Sitten und Gewohnheiten gemocht blieb und das Band der Seeliger mit den Gemeindegliedern ziemlich unzerföhrt war. In der Stadt Birnbaum selbst fand Boguslaw ausgiebige, in aufopferungslos Unterthänigkeit seitens des damaligen Kantors, eines Chorgesangs namens Johann Jacob Störbeck, der sich als pastor scripturarius hatte obtinieren lassen. Sein Andenken wird in sintem prescriptum manu propria des Kirchenpatrons besonders gerühmt, indem es unglücklich heißt: „In der ersten Zeit des Herbstes, dem Kommen von der ardeh-kulturellen, des Sitten und Gewohnheiten gemocht blieb und das Band der Seeliger mit den Gemeindegliedern ziemlich unzerföhrt war. In der Stadt Birnbaum selbst fand Boguslaw ausgiebige, in aufopferungslos Unterthänigkeit seitens des damaligen Kantors, eines Chorgesangs namens Johann Jacob Störbeck, der sich als pastor scripturarius hatte obtinieren lassen. Sein Andenken wird in sintem prescriptum manu propria des Kirchenpatrons besonders gerühmt, indem es unglücklich heißt: „In der ersten Zeit des Herbstes, dem Kommen von der ardeh-kulturellen, des Sitten und Gewohnheiten gemocht blieb und das Band der Seeliger mit den Gemeindegliedern ziemlich unzerföhrt war. In der Stadt Birnbaum selbst fand Boguslaw ausgiebige, in aufopferungslos Unterthänigkeit seitens des damaligen Kantors, eines Chorgesangs namens Johann Jacob Störbeck, der sich als pastor scripturarius hatte obtinieren lassen.“

(Fortsetzung folgt.)

Die deutsche Herkunft ostmärkischer Städte.

Von Dr. W. Koshik.

Aus der deutschen Vergangenheit Pilsns.

Schon oft ist in diesen Blättern von der Deutschfindung und der Deutschthorigenheit der Städte in der früheren Provinz Polen die Rede gewesen. Wollen wir uns jetzt Ansprüche auf dieses Gebiet erheben, können wir nicht häufig genug aus der deutschen Vergangenheit der Poleser Städte und Ortlichkeiten erzählen. Wir wissen, daß fast alle diese Städte mit magdeburgischem Recht versehen wurden, sehr zum Ärger der „Rationalisten“, und daß dieses uralte Recht, das sich als eine Verhöhnung des Sachsenpiegels darstellt, hier viel, wenn nicht das meiste zur Deutschherhaltung dieser Städte beigetragen hat, nicht zum wenigsten unter der Fremdherrschaft.

In den Städten, die sich schon früh zu Sammelpunkten des deutschen Volks in der Provinz Posen entwickelten, gehört Pilsa (Poznań) dazu. Sie ist die erste Hälfte des 15. Jahrhunderts war Pilsa ein unbeständiges Dorf. Erst zur Zeit der Auswanderungen in Böhmen erlangte es größere Bedeutung. Viele Nichtkatholiken aus Böhmen, vorzugsweise böhmische und mährische Brüder, fanden hier nach ihrer Ausweisung aus ihrem Heimatlande einen Sammelpunkt. Nach dem Schmalkaldischen Kriege wurde der Zug aus Böhmen noch größer. Nach dem Jahre 1548 siedelten sich in Pilsa etwa 900 Böhmen und Mähren an, andere zogen weiter nach Oltprauen. Schon König Sigismund bewilligte den Einwohnern Magdeburgisches Recht und ließ es auch in die letzte damit die Grundlage für die Deutschherhaltung der Stadt. Als der große Zuwandererstrom im Jahre 1549 kam, boten die Deutschen den Grundherren, den Grafen Kaspar Pelsunki gleich anderen Städten magdeburgisches Recht) um Gewährung eines eigenen Stadtgerichtes und bekamen auf ihr Gesuch von Pelsunki einen dahingehenden Freibrief, daß die Herrschaft den Bürgermeistern und Rat bestellte und die Gemeinde den Stadttag und die Schöffsen wählte.

Das Magdeburger Recht wurde im Jahre 1561 von Wenzel Pelsunki, dem Sohne des Gründers, in einer Urkunde bestätigt. Der Freibrief wurde in den Freiberger Landgerichtsakten eingetragten. Die Stadt war also gerade in polnischer Zeit weitgehend autonom. Wie weit das ging, zeigt die Tatsache, daß die Stadt einen eigenen Schatzkammer, eine eigene Waage hatte und Bad und Siegel zu errichten durfte.

Die Böhmen im Gegenzug zu anderen deutschen Landesteilen vornehmlich während des sächsischen Krieges, als sie viele um ihres Glaubens Verfolgung hier Schutz und Heimat fanden. Die unglückliche Schlacht am weißen Berge (1621) veranlaßte viele Vertriebene Böhmen, auszuwandern und sich in Pilsa oder Umgebung anzusiedeln. Unter ihnen befand sich der bekannte „Brüderbischof“ Amos Comenius. Auch Lutheraner kamen in den folgenden Jahren aus dem benachbarten Schlesien, namentlich aus Guben. Der Kaiser erlaubte ihnen den Bau einer eigenen Kirche, unter der Bedingung, daß sie der böhmischen Gemeinde den „Beitritt“ ließen. Das gemeinsame schwere Auswandererelick veranlaßte die verschiedenen Bekenntnisse, untereinander weitgehende Toleranz zu üben.

Die Stadt hatte davon weitgehenden Vorteil. Denn Handwerk und Handel gediehen. Die Böhmen errichteten ein eigenes Gymnasium. Sie errieten ferner von Sigismund III. im Jahre 1631 einen Freibrief, der ihnen gestattet, Weiberei und Weinhandlung nach eigenem Recht zu treiben. Auch der polnische Reichstag bestätigte zwei Jahre später diese Privilegien. Wegen Angriffe der Wallensteiner merkte man sich energisch, bestätigte auch die Stadt mit Wall und Graben.

Die Autonomie wurde in den folgenden Jahren und Jahrzehnten ausgebaut. 1936 wurde eine eigene Stadtordnung erteilt. Sie wurde vorbildlich für ganz Polen. Katirlich blieb auch Pilsa nicht von den Kriegsläufen verschont. Die Krüge Polens

mit den Schweden und Russen nahmen die Stadt stark mit und verurächte Verwüstung und Plünderung. Aber nach Ende des nordischen Krieges wurden die Verhältnisse ruhiger, und die Stadt über ihre alte Anziehungskraft auf die benachbarten deutschen Landesteile wieder aus. Es kam neuer Zug aus Pilsand, Handel und Wandel blühten wieder auf.

Die aus Böhmen mitgebrachte Tuchmacherei erfuhr einen mächtigen Aufschwung. Der Tuchhandel erstreckte sich über ganz Polen und ging bis nach Warschau, Thorn und Danzig. Es gab damals in Pilsa 14 Tuchmacher, 16 Schaffner und Tuchhändler, 6 Tuchhändler und 9 Weinenweber. Die Wolle wurde auf 50 Stühlen und 27 Walkmaschinen verarbeitet. Unter dem Schutze der Autonomie hat die Blüte des Pilsaer Tuchhandels die ganze polnische Zeit angehoben. Erst nach den napoleonischen Kriegen trat in diesen Verhältnissen eine Änderung ein, als zunächst eine rigorose Goldprägungspolitik verfolgte und die Einfuhr von deutschen Tuchen verbot.

Als Pilsa zu Preußen kam, war man erkant über den deutschen Charakter der Stadt. Kennzeichnend für das deutsche Wesen war die einige Jahre später getane Uferung von Pilschke: „In Pilsa ist alles deutsch, und es herrschen hier überall deutsche Sitten.“

Aus der Geschichte der Stadt Kosten.

Die Stadt Kosten gehört wie viele andere Städte der früheren Provinz Polen zu jenen, die in polnischer Zeit ausgeübte Autonomie genossen und nach deutschem Recht lebten. Sie ist nebenbei eine der ältesten Gründungen, denn sie wird schon 1242 in einer Urkunde erwähnt.

Kosten hatte dank seiner räumlichen Lage von vornherein enge Verbindung mit Schlesien und dem deutschen Kulturkreis. Im 13. Jahrhundert stand es unter der Herrschaft der Jolowitschen Herzöge. Bei der Erteilung dieser Herrschaft (1312) erhielt es als die Hauptstadt des Kreises. Ein Teil des polnischen Staates wurde Kosten erst, als die Schlieke mit den Polen in Streit gerieten und die Polen unter Kasimir dem Jüngeren die deutsche Besatzung der Stadt zur Übergabe zwangen (1332). Burg und Stadt behielten auch dann ihre Bedeutung. Die Einwohner ließen sich ihr deutsches Recht nicht nehmen und erwarben sogar vom König Wladislaw Jagello, der bekanntlich die Kräfte gegen den deutschen Orden einsetzte, die Bekräftigung alter Freibriefe. Ja, dieser Herrscher stellte sogar Kosten ausdrücklich in deutsches Recht und stellte die Stadt der Stadt Polen gleich. Im ganzen besaß die Stadt 8 Freibriefe. Auch die umliegenden Dörfer genossen deutsches Recht.

In der Verfassung von 1765 wurde Kosten einquartiert

frei gestellt geworden. Die Freibriefe und deutschen Rechte förderten sie in anderen Städten auch in Kosten Handel und Wandel und Wohlstand. Die Tuchmacherei zeigte sie in die Pilsa und Kempen einen hohen Stand. Die Kostener Tuche waren in ganz Polen berühmt. Auch an dem Warthauer Hof wurden in großem Umfange Tuche geliefert. Erst im 17. und 18. Jahrhundert trat ein erheblicher Rückschlag ein. Schuld daran waren in der Hauptsache die vielen Kriege, namentlich die Schwedenkriege Polens und der Jährige Krieg. Kosten sank zu einem Ackerbauort herunter, während es im 15. Jahrhundert noch 15 000 Seelen gehabt hatte.

Aber auch gegen Ende des 18. Jahrhunderts war die Stadt nicht ganz unbedeutend gewesen sein, denn hier versammelten sich am 22. August 1794 die polnischen Adligen, als sie die letzten Versuche unternahmen, die Selbständigkeit Polens zu retten. Damals zählte die Stadt nur 1704 Einwohner. Bei erneuter Aufrüstung begann erst vom Jahre 1815 ab, unter preußischer Herrschaft. 1837 zählte sie bereits 2044 und 1861 3491 Einwohner.

Kulturpolitisches Werkbuch.

Sedan. Von Pfarrer J. Pöhl, Kassel.

Das war einmal ein Festtag! —
Bei schönem Wetter wurde die Ehre.
Der Meister und sein Werk.
Sich inselbstschänken fließt durstig —
Und werden noch können sie.
So ist es man auch Sitte.
Zu sehen, die Stadt am Rhein
Zu sehen, die Stadt am Rhein.

Ja, das alles war einmal am jenem 2. September vor nunmehr 62 Jahren, und soll wie ein Märchen unter uns heutigen diese Geschichte gewordene Tatsache von gelten an. Und doch ist sie alles andere denn ein Märchen, diese Kunde von der deutschen Sedantat, die uns die Grundlage gab zu dem, was wir ein einiges deutsches Reich nennen. Was an jenem demwürdigen 1. September 1870 begannen und am 2. September durch die Spionagejahre Napoleons und seiner Hauptarmee vollendet wurde, war ja Zukunft zu jenem Festtage, der dem Beschluß zur Herrschaft des in seinen Ländern, Städten und Städten gerichten deutschen Kaiserreiches werden liess, im Frieden, Freiheit und Brot, ja, ein nie zuvor erlebtes Ansehen im Rate der Weltvölker brachte. Davon wie die heutige Generation nur noch wenig oder gar nichts mehr. Ja, sie sieht wohl gar mitteilig und halb verächtlich auf „die Einwohner“ dabei, die

sich nicht losmachen können von dem, was gewesen ist, das auch nicht wiederkehren kann. Nun ist es zwar richtig, daß Sedan 1870 und Versailles 1871 der Vergangenheit, wenn auch einer schönen und großen Vergangenheit angehören. Im so mehr oder sollte dann doch auch in einem anderem Sinne jenseits Versailles von 1919, das Versailles der Schmach und Unehre, des Versailles und Zivilpales endlich der Vergangenheit angehören und nicht immer noch dem deutschen Volke nach innen und außen richtungsgebend und bestimmend sein. Die Möglichkeiten des Versailles zu sein wollen, ja, sie sind nicht mehr, sein nicht nur noch nicht, in der Welt der Zukunft sind von den Weltkräften geboren werden, über die man kalt und mittellos hinwegschleitet als über etwas, das nur epidenhafte Bedeutung hatte. Je mehr wir uns aber von dem Versailles der Verwicklung abwenden, um so mehr müssen wir zu dem Ereignisse des Versailles von 1871 zurückkehren, das uns zu dem werden liess, von dem der Sedantag Zeugnis ablegt, und zu dem jenem 2. September 1870 den Grund gelegt hatte. Das soll auch heute wieder den Alten lebendigen in den Augen kund werden, bis vor dem Schatten des Versailles von 1919 dem Glanz des Versailles von 1871 nicht mehr zu schauen vermögen. Solange die Ruben der Zwietracht und des Bruderhasses noch Deutschlands Berge und Burgen umkreisen, solange ihr Gekrähze die deutschen Lande erfüllt, wird es keine Wollen am Rhein im Westen und deshalb auch keine freie Weichsel

Sokolorganisation und Panflawismus.

Im „Ollant“ ist schon auf eine bedeutsame Einheit des vor kurzem in Preußen gebildeten Sokolverbandes hingewiesen worden, nämlich auf die Tatsache, daß russischer Wenden (Sorben) in größter Zahl zu diesem Kongreß nach Prag gefahren waren und dort sowohl bei ihrem Auftreten im Stadion (bei reichlich beschickten turnerischen Übungen) wie auch im Festzug von tschechischer Seite mit besonderer Auszeichnung gefeiert worden waren. Doch erstöpfte sich die Bedeutung des Sokolfestes als eine Gedenkmahnung aller an panflawischen Gedanken festhaltenden flawischen Nationen und Sprachen zu einem gemeinsamen flawischen Volkstum in der Verteilung dieser nach verschiedenen Ultradialekten.

Man erinnert sich, welche außerordentliche Bedeutung die tschechischen Sokolvereine schon vor dem Krieg gehabt und welche für das Schicksal des deutschen Volkstums in den Sudetenländern außerordentlich schwerliche Rolle sie dann bei der Aufrichtung des tschechoslowakischen Staates im Oktober und November 1918 gespielt haben. Sie waren damals unter ihrem Führer Dr. Scheiner (welch rein tschechischer Name!) die Kerntruppe der „aufstrebenden Nation“. Die Frage, ob die Sokoln auch heute noch die volkspolitische Bedeutung besitzen, die sie damals erfüllen haben, muß man nach dem gegenwärtigen Verlauf des unglückseligen Pöppel ausgehenden „Prager Sokolfestes“ (des neunten der durch den Krieg unterbrochenen Sechshundertjährigen) durchaus bejahen; und zwar nicht nur, soweit es sich dabei um die dermaßen lebendige tschechische Sokolorganisation handelt, sondern darüber hinaus auch für die Sokolorganisationen der anderen weltflawischen Staaten, die auf dem Kongreß mit zum Teil imponierend machtvollem Delegationen vertreten waren. Allen die Siedlungsstätten haben sich die tschechischen Sokoln mit großer Freundschaft und Begeisterung angenommen. Weiter hoch als diesen flawischen Turnern lassen sie machen einen vorzüglichen, in einem Eile ihrer Vorbereitungen einen weit über dem Durchschnitt stehenden Eindruck. Die Prager feierten sie darum auch mit dem für ihre Begriffe größten Lob, indem sie sie „die Preußen des Balkans“ nannten. Weiter waren anwesend eine im Verhältnis zu der wirtschaftlichen Depression doch recht große Zahl von bulgarischen Turnern (dort nicht die Sokoln, sondern „Solben“ genannt). Selbstverständlich lebten auch die tschechischen Sokoln mit großer Freundschaft und Begeisterung mit den tschechischen Sokoln aus allen Emigrantengebieten und nicht zuletzt etwa 200 polnische Sokolangehörige, die sich in ihren Uniformen nur unansehnlich (besonders durch die dierzigstellige Konföderatka-Mütze) von den tschechoslowakischen Sokoln unterscheiden.

Die polnische Delegation in Prag wurde naturgemäß amlich von den Tschechen auch reichlich gefeiert. Immerhin konnte man nicht in Prag nicht übersehen, daß die polnische Delegation außerordentlich klein war. Es wurde bekannt, daß die geringe Beteiligung nicht so sehr auf politische Absichten zurückging, sondern auf die Tatsache, daß die polnische Regierung „aus Verweisgründen“ nur 200 Sokolangehörigen Auslandspassive zu ertüchtlichen Sätzen ausgedehnt hätte. Die (bekanntlich den Nationaldemokraten abneigende) polnische Sokolorganisation übertrug daraufhin insbesondere die Beteiligung der eigentlichen Turner und Turnerinnen sehr stark ein, um mindestens ihre wichtigsten politischen Sokolereigenschaften auf billige Weise nach Prag zu befördern. Und da innerhalb der polnischen Sokolorganisation die Sokolangehörigen der ehemals preußischen Provinzen sowieso schon eine ausschlaggebende Rolle spielten, hatte man in Prag „das große Vergnügen“, einen fast läckenlosen Aufmarsch aller kleineren Größen des polnischen Westmarkenvereins mitanzusehen zu können. Besonders interessant war bei den Turnern die hier erwähnte Tatsache, daß fast alle sich fast ausnahmslos „ehemals preußischer“ Braute handelte, die zum Teil noch bei 1918 in preußischen Diensten standen, zum Teil allerdings schon vor dem Krieg wegen patriotischer Untertreue den Staatsdienst hatten verlassen müssen. Diese polnischen „Westmarkler“ bemühten sich Gelegenheit, um in Prag mit falschen Behauptungen über die „Verfolgung der Polen in Deutschland“ hantieren zu geben. Einer der genannten „Polener Sokolangehörigen“ erklärte bei einem nachherigen Besuche bei dem tschechischen Reichsboten (als freudlicherer so laut, daß es anwesende Reichsbedeutende hören und alsbald berichtigen konnten), daß die Verfolgung der Polen in Polen vor den Schritten gestellt wurde. (I) Selbstverständlich wurden der „rühmlichst“ bekannte Gen Bauer und andere „Polenbündelste als „Märtyrer“ hingestellt. Außerdem wurde die „Verfolgung“ aufgeführt, in Deutschland gebe es überhaupt keine tschechischen Schulen und in „Angehörige der polnischen Minderheit. Aus einer sonst gefällten Anfrage ging hervor, daß der betreffende, akademisch gebildete Sokolmann noch niemals etwas von der preußischen Minderheitenforderung gehört hatte, ja daß offensichtlich auch führende polnische Zeitungen von dem Vorhandensein dieser Minderheitenforderung in Deutschland nicht die geringste Kenntnis hätten. Um Verhältnis zu diesen strengen Deuten die polnischen Sokolvertreter aus Galizien und erst recht aus

Wachau so ziemlich als Unter der Hand erfährt man, daß in diesen Gebieten innerhalb des Sokoln eine ziemlich Verärgerung gegenüber der tschechoslowakischen und außerdem ein ziemlich offener unpopulärer Gegenstand zwischen Anhängern der Sonaria und dem übrigen polnischen Parteien (vor allem den Endern) besteht. Aus dem der tschechoslowakische unmittelbar benachbarten Polnisch-Schlesien war nur ein einziger Sokolführer erschienen.

Das Sokolfest selbst verlief bei sehr guter Organisation programm-mäßig. Der tschechische Ministerpräsident erschien mehrerlei in Sokoluniform bei den Veranstaltungen. Der Außenminister Bensch hatte ebenso, um das Sokolfest nicht zu vermissen, die wichtigsten Verhandlungen in Konferenz für fünf Tage verlassen. Die wichtigsten tschechischen tschechischen tschechischen auch der Staatspräsident Májek nur amfremder. Bensch selbst als glänzender Abfaher das mehr als vierwöchigen Festes ein Fest in seinem Präsidentenamt. Von besonderer Bedeutung für die Beurteilung aus Deutschland ist die Tatsache, daß seitlich mit dem Höhepunkt des Sokolfestes auch der Kongreß der Auslands-tschechen zusammenfiel und daß für beide Veranstaltungen zugleich über 3000 amerikanischen Tschechen oder tschechische Amerikaner, namentlich aus Chicago, nach Prag gekommen waren. Man darf annehmen, daß die tschechische Regierung ein umfangreiches Fest in Ohio unterhält, obwohl dort nur ganz wenige tschechische Staatsangehörige waren, weil die tschechischen Amerikaner aus Ohio und dem ganzen Cleveland regelmäßig so hohe Spenden für nationale Zwecke nach Prag schicken, daß man sie mit der Errichtung eines Konjunktus entsprechend ehren zu müssen glaubte. Unter den anwesenden amerikanischen Tschechen finden besonders die sehr strengen und lebhaft durchgearbeiteten Turnerinnen auf, die auch entsprechend bejubelt wurden. Von ihrer alten Sokoluniform sind auch noch geringe Teile übriggeblieben; sie wirken im ganzen abfaher amerikanisiert, wenn sie auch sprachlich dem Anglisierungsprozeß feststandgehalten haben sollen als die Deutschamerikaner. Auch sonst waren auslandstschische Organisationen und Sokoln im Festzug zu sehen, so ein Pariser tschechischer Sokol, und dann nicht zu vergessen einige Leute eines Berliner, eines Hamburger und eines Münchener tschechischen Sokolvereins. Es soll auch nicht übersehen werden, daß die tschechischen Sokoln in Prag vertreten sind. U. a. waren auch finnische Turner, einige Esten, Letten und auch einige Litauer. Die Finnen lebten in einem Besonderen eine Verbindung mit Tschechen in der ihnen vor früher der geläufigen russischen Sprache aus grundsätzlichen Erwägungen ab, so daß die Tschechen sich niemals vollen mit den Finnen Deutsch unterhalten mußten.

Die tschechische Sokolorganisation selbst mußte auch bei diesem Fest am reichlichsten zu sehen sein. Es herrschte eine bedeutungsvolle Einheitlichkeit der Bewegung. Das eigens für den Kongreß errichtete, angelegene Stadion (17 000 Plätze für Turner, 160 000 Zuschauerplätze) war mit allen Mitteln moderner Technik ausgestattet. Die Teilnehmer wurden größtenteils in Massenquartieren, besonders in Schulen, untergebracht, deren Schüler des Sokolfestes wegen einige Wochen früher in die Ferien geschickt worden waren. Der Eindruck der Vorbereitungen (zu 90 v. H. aus Freiwilligen bestehend) war auch turnerisch und sportlich sehr gut. Besonders imponierte die vorzügliche Faltung während des Festzuges, der in mehr als fünfjähriger Dauer bei mehrerlei Stützpunkten am Hus-Feiertag durch die Prager Straßen zog. Die tschechische Presse übertrieblich sich begeisterte Weise in Begelisterung und bemühte, was abschließend festgestellt werden muß, die Gelegenheit, um aus dem Vorhandensein und der Leistungsfähigkeit des Sokoln den Schluß zu ziehen, daß die jetzige Organisation des tschechoslowakischen Staates mit ihrer starken Behinderung durch die in ihrer Mehrheit fast die Mehrheit bildenden Tschechen mit sich selbst aufzuheben und das tschechische tschechische Staatsgebiet endgültig die Frage zur bedingungslosen Übertragung des Staates ergeben müßte. Die „Prager Presse“, das deutschsprachige Organ des Außenministers Bensch, schrieb in den letzten Tagen des Kongresses fast nur noch in einem atemlosen Vorgehens und ließ schließlich ganz zum Schluß doch die Rede aus dem Saal, indem sie in beifälliger Diskonierung von der Minderheiten in sich enthaltenden tschechoslowakischen Staatsarmee, die tschechischen Soldaten und Karpatenarmee aufnahm, als den „letzten tschechischen Reichsbedeutenden, das unermüdbaren Vortrupp der Nation“ bezeichnete und damit kundtat, daß für den „ersten“ die tschechische Regierung sich auf ihn sehr viel mehr würde verlassen können als auf die mit französischem Geld hochgebrachte Armee. Dem Abfaher des ganzen Festes im Stadion bildete täglich ein symbolisches Festspiel, in dem in Form eines Traumes des Gründers der tschechischen Sokolbewegung, M. Chrobak über sich selber in Art ungetoht boten; die tschechische Nation an dem Vorbild Stierdenlands sich begeistert. Im letzten Tage dieses Festspieles überflogen während der Anfröhe des Chrobak darstellenden Schauspielers 15 tschechische Flugzeugschmoober zu fünf Kampfflugzeugen das Stadion, von denen im Programm ausdrücklich gesagt war, daß sämtliche Einzelteile in rein tschechischen Fabriken hergestellt seien. Dem Abfaher dieser „riesigen Vorführung“ bildeten viele Fliegenkampfflugze der Tschechen, bei denen man die Bombenabwurfrohre mit bloßem Auge erkennen konnte. Die Ziele der Sokolbewegung sind rein friedlich! Bert Hill.

Die preussische Verwaltungsreform.

Der kommissarische Innenminister Dr. Bracht äußerte sich über die preussische Verwaltungsreform, gegen die sich der Gemeindeauschuß des Landtages ausgesprochen hat, u. a. m. wie folgt: Die so gut wie einstimmige Ablehnung der Maßnahmen der kommissarischen Staatsregierung über die Zusammenlegung von Landkreisen und die Aufhebung von Amtsgerichten habe ihn in keiner Weise überrascht. Schon in wesentlich ruhigeren Zeiten isten die Änderungen von Gemeinde- und Kreisgrenzen beim Parlament auf fast unwiderwindliche Schwierigkeiten gestoßen. Was die Zusammenlegung der kleineren Landkreise anlangt, deren Bezirke noch aus der Zeit der Polkzeit stammten, so führten die Anträge zu diesen Maßnahmen fast 50 Jahre zurück. Selbstverständlich seien mit der Aufhebung von 58 Landratsämtern in etwa 60 Amtsgerichten sowie erhebliche Ersparnisse verbunden, die sich schon in kurzer Zeit auswirken würden. Von einer wesentlichen Veranschlagung der Bevölkerung könne keine Rede sein. Am Orte der aufgehobenen Amtsgerichte, deren Richter und sonstiges Personal nicht mehr voll zu beschäftigen gewesen seien, würden in Zukunft Gerichtstage abgehalten, die der Bevölkerung fast in allen Fällen den Weg zum neuen Gerichtsort ersparten. Was den Publikumsverkehr mit den Landratsämtern anlangt, so seien die allenthalben erbobenen Klagen darüber, daß die Kreisangehörigen nunmehr zum Land sehr viel weitere Wege zum Landratsamt hätten, maßlos übertrieben. Es werde dabei übersehen, daß das Landratsamt nicht so viel „Verkehrsschaff“ habe, wie dies von den Gegnern der Reform behauptet werde, und daß die Einfälle im wesentlichen bei den kreisangehörigen Gemeinden und Städten bearbeitet werden.

Rechtlich habe sich die kommissarische Preussische Staatsregierung vor folgender Lage befunden: Die Rotteverordnungen des Reichspräsidenten vom 24. August 1931 und vom 6. Oktober 1931 hätten den Landesregierungen das Recht und die Pflicht auferlegt, alle zur Ausglochung der Haushalte erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Auf dieser Grundlage habe das Reichspräsident Preussische Regierung bereits am 23. Dezember 1931 die Zusammenlegung von Landkreisen und die Aufhebung von 60 Amtsgerichten grundsätzlich angeordnet, und zwar mit Wirkung vom 1. Oktober 1932 ab. Dieses Programm sei insofern von ihr nicht mehr durchgeführt worden, und daher habe die kommissarische Preussische Regierung vor der Entscheidung gestanden, entweder mit diesen beiden Sparmaß-

nahmen ernst zu machen oder die Sparverordnungen der früheren Preussischen Regierung aufzugeben, um mindestens die Durchführung über den 1. Oktober 1932 hinaus zu verschieben. Da die in dem Sachministerium bereits vorbereiteten Maßnahmen über die Zusammenlegung von Landkreisen und Amtsgerichten das Richtige getroffen hätten, so seien sie zum letzten Zeitpunkt in Kraft gesetzt worden. Unannehmlichkeiten, insbesondere bezüglich der Grenzgebiete im einzelnen, ließen sich immer noch ausgleichen. In seine Aufhebung dieser Maßnahmen im ganzen sei nicht zu denken. Er halte es auch für ausgeschlossen, daß irgendeine künftige Preussische Regierung, die von Verantwortungsgesicht getragen sei, sich dazu entschließen würde, auch ein Verbot der Ausführung der Rotteverordnungen durch die kommissarische Preussische Staatsregierung von der Erkenntnis der Notwendigkeit der Maßnahmen nicht abbringen und sie zu einer Aufhebung der Verordnungen nicht veranlassen können.

*

Der preussische Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat einen Erlaß herausgegeben, der mit Wirkung vom 1. Oktober 1932 folgende Änderungen über die Kulturamtsbezirke verfügt:

1. das Kulturamt Kreuzburg wird aufgelöst;
2. Das Kulturamt Pöchlitz wird nach Weife verlegt;
3. die Kreise Kreuzburg, Gultenberg und Rosenburg, die bisher zum Gebietsbezirk des Kulturamts Kreuzburg gehörten, werden dem Gebietsbezirk des Kulturamts Oppeln zugewiesen;
4. der Kreis Grottkau und vom Kreis Falkenberg der Teil Gießhübel, die Bahnhöfe Oppeln-Schwidow-Salzenberg-Deutsch Weige, die bisher zum Gebietsbezirk des Kulturamts Oppeln gehörten, sowie die Kreise Weife-Stadt und Pund und Reuthau, die zum Gebietsbezirk des Kulturamts Pöchlitz gehörten, werden dem Gebietsbezirk des Kulturamts Weife zugewiesen;
5. der Kreis Pöchlitz — bisher Gebietsbezirk des Kulturamts Pöchlitz — wird dem Gebietsbezirk des Kulturamts Ratibor zugewiesen.

Freiwilliger Arbeitsdienst

Es werden sofort weibliche Kräfte ländlicher Einstellung gesucht, die einen gewerblichen Mittelpunkt für die Weiterentwicklung des Zielungsgedankens im Offizierdienst bilden sollen. Alter 18 bis 25 Jahre. Erfahrene Lehrkräfte, weibliche Schneidergehilfen, gepulverte Hausangestellte bevorzugt. Unterbringung zunächst in Waren (Mecklenburg).

Gerne werden zu sofort männliche Kräfte bis zum Alter von 25 Jahren in bedeutender Zahl gesucht, auch solche mit Führereigenschaft, für den Bereich des Arbeitsamtes Waren. Bewegungen der weiblichen mit der männlichen Einteilung am freiwilligen Arbeitsdienst sind mit Verensaul und Zeugnisse an die Ortsgruppe Waren des Deutschen Offiziers (Vorlesende Frau Direktorin M. Wegener, früher Posen, in Waren i. Meckl., Billentstraße 12) zu richten.

Entschädigungswesen.

Hohe Verzinsung von Reichsschuldbuchforderungen.

Von einer Kreditgesellschaft wird den Schuldbüchhabern das folgende in seinen Auswirkungen günstig zu beurteilende Angebot gemacht. Die betreffende Gesellschaft beabsichtigt, im größeren Maße Verleihen an Deutsche gegen Selbstabtretung zu geben. Zur Finanzierung dieser Kredite sucht die genannte Reichsschuldbuchforderung d. d. Reichsbank zu erhalten. Die Schuldbuchforderungen werden bei einer Ertrags-Gesellschaft (Erderechts-Gesellschaft der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft Berlin) hinterlegt, die die auf Grund der Schuldbuchforderungen zu gewährenden Besondereinstellungen übernimmt und deren Sicherstellung eingehend prüft. Die Ertrags-Gesellschaft kann nur allein über die Schuldbuchforderungen verfügen, so daß der Schuldbüchhaber nicht Gefahr läuft, bei Schuldschließung der Kreditgesellschaft Verluste zu erleiden. Den Schuldbüchhabern wird neben den geltenden Schuldbüchrenten ein Zinsvorteil von 8 v. H. auf den auf die Schuldbuchforderungen entfallenden Darlehensbetrag gewährt, d. h. bei der zurzeit geltenden Verzinsungsgrenze 2 v. H. auf den Nominalbetrag der Reichsschuldbuchforderungen. Der Schuldbüchhaber würde demgemäß statt 6 v. H. dann 8 v. H. von seinen Reichsschuldbuchforderungen an Zinsen erhalten. Wenn J. W. jemand 5000 RM. Reichsschuldbüchlein bei der Ertrags-Gesellschaft zu dem

obigen Zweck hinterlegt, so erhält er statt 300 RM. 400 RM. Zinsen. Falls eine höhere Verzinsung der Reichsschuldbuchforderungen für die Ertrags-Gesellschaft möglich sein würde, was bei der jetzigen Bewertung der Reichsschuldbuchforderungen zu erwarten ist, dürfte sich die jährliche Rente von den Reichsschuldbüchleinen noch erhöhen. Dem Schuldbüchhaber wird also bei Verwendung größtmöglicher Sicherheit ein beschleunigter Zinsvorteil geboten. Schuldbüchhaber, die sich für das Angebot interessiert wollen, sich an die Bankdirektoren für Grenz- und Auslandsdeutsche G. m. b. H., Berlin W 30, Mohlt. 22, wenden, die zu weiteren Auskünften jederzeit bereit ist. Ob.

Aufwertungsfragen.

Aufwertung Posener landwirtschaftlicher Pfandbriefe.

Das Aufwertungsverfahren bezüglich der Posener landwirtschaftlichen Pfandbriefe und ihren Umtausch gegen neue Pfandbriefe der Domanske Ziemtina Kreditbank, Polen, haben wir in unseren früheren Veröffentlichungen eingehend dargestellt. Das polnische Pfandbriefinstitut hat sich nun bereit erklärt, eine Zusammenfassung der zur Aufwertung gelangenden Posener Pfandbriefe zu gewähren. Die Ausschüttung der Zukunftsrente wird laut Mitteilung der Dyrekcja Domanskego Ziemtina Kredytowego an die Zahlstellen vorgenommen. Sie stellt sich auf 2,25 v. H. in Konventionen - Pfandbriefen und 0,69 v. H. in bar vom Nennbetrag der Konventionen-Pfandbriefe. Für die Pfandbriefeigenen der Ausschüttung unter 10 Zloty, welche in Pfandbriefen nicht darstellbar sind, werden unvorsichtige Unternehmungen ausgeben. An der Ausschüttung teilnehmen auch ausgelagerte und bereits eingelagerte Konventionen-Pfandbriefe teil. Die aus dem Umtausch der Pfandbriefe auf die Spiten unter 10 Zloty ausgegebenen, inwieweit sämtlich gekündigt und bereits eingelagerten Zertifikate nehmen dagegen daran nicht teil. Zur Entgegennahme der Ausschüttung sind vorzulegen: a) die Mängel der Konventionen-Pfandbriefe, b) für ausgelagerte und zur Einlösung gebrachte Stücke eine Bescheinigung der Bank, durch deren Vermittlung die Einlösung vorgenommen worden ist. Die Ausgabe der entfallenden Zinseszinsen (Pfandbriefe), unvorsichtige Unternehmungen) sowie Auszahlung der Barabträge erfolgt, sobald die eingereichten Stücke durch die Posenske Ziemtina Kredytbank abgehempelt bzw. die Bescheinigungen über eingelagerte Stücke durch vorgenanntes Institut geprüft worden sind, und zwar die Auszahlung der Barabträge zum Gegenwert in Reichsmark. — Als Vermittlung bzw. Zahlstellen kommen die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Berlin, deren Filialen und das Bankgeschäft G. Heiman, Breslau, in Frage. Ob.

Wichtig für Verdränge.

Ehrentafeln für Gefallene in der Pauls-Kirche in Bromberg.

Herr Superintendent Ahmann - Bromberg schreibt uns: „Nach langem Sinnen ist es vorzuziehlich bald möglich, in der St.-Pauls-Kirche zu Bromberg die Ehrentafeln zum Gedächtnis der Gefallenen anfertigen zu lassen und aufzustellen. Es sind dazu pfennigweise von der wohlthätig veranlagt Gemeinde 3200 Taler aufgebracht worden. Mehr wird unter keinen Umständen aufgebracht werden können. Aber wir wollen den vorhandenen Betrag nicht etwa durch bedauerliche Umstände der Wertlosigkeit verfallen lassen. Der Unterzeichnete hat in seinen Urtis bis jetzt 3200 Reichsmark von Ge-fallenen aus der Gemeinde der St.-Pauls-Kirche. Wir würden jedoch nicht gern etwa einen von den Söhnen der Ge-meinde ausfallen, weil wir nichts von ihm wissen. Daher bitten wir alle ehemaligen Bromberger, die in Frage kommen, dem Unterszeichneten bis zum 1. Oktober d. J. auch diejenigen Namen noch angeben zu wollen, die bis jetzt noch nicht gemeldet sind. Später eingehende Meldungen werden nicht mehr berücksichtigt werden können.“

Wir empfehlen denjenigen, die die Angaben aus gefallene Angehörige auf diesen Ehrentafeln vorzeitig haben wollen, wenn es ihre Verhältnisse irgend gestatten, zu den Unkosten der Errichtung der Ehrentafeln einen angemessenen Beitrag mitzubringen zu wollen mit dem Bemerken, daß er, falls er für die Ehrentafeln nicht gebraucht wird, von Herrn Superintendent Ahmann für andere Zwecke zum Nutzen von Angehörigen der St.-Pauls-Kirche verwendet werden kann. Auf Wunsch sind mir bereit, Schreiben und Geldpfenden Herrn Super-intendenten Ahmann (Bromberg-Budgost, Konarskiego 4) zu über-mitteln.

Bundesnachrichten.

Rundschreiben 4

Ist am 30. August über die Landesverbände den Ortsgruppen zuge-gangen. Es enthält wichtige Mitteilungen über die Ent-schließungsfrage. Seine Ausgabe ist etwas verzögert worden dadurch, daß ein Teil der darin behandelten Fragen in einer neueren Besprechung mit Vertretern des Reichsfinanzministeriums erörtert worden sind und die Ergebnisse dieser Besprechung erst abgemartet werden sollten, um sie in dem Rundschreiben berücksichtigen zu können. Das Rundschreiben bringt den Wortlaut der in Nr. 34 angeknüpften Be-zei-chnung zur bestmöglichen Verständigung der Akten der Reichsversammlung für Reichsangelegenheiten. Das Ziel 2 der Verordnung bestimmt, daß die erlassenen Entschließungsakten bis zum 31. Januar 1933 aufzubewahren sind, behandelt das Rundschreiben eingehend, was der Deutsche Oltbund im Verein mit den anderen Geschädigtenverbänden, die der Arbeitsgemeinschaft angehören, unternehmen hat, um die beschädigte Vermittlung von Entschließungs-akten zu verhüten. Es teilt ferner Vorschläge mit, die von der Arbeitsgemeinschaft bezüglich der aus den Akten herauszubehaltenen Urkunden gemacht sind (siehe Beschlüsse im Zusammenhang genommen worden). Es enthält weiter die Ergebnisse der erwähnten neuen Besprechung der Vertreter der Arbeitsgemeinschaft mit Ver-trägern des Reichsfinanzministeriums über wichtige Fragen des Entschließungsverfahrens; darunter die Zusage, daß zunächst in keinem Fall die Akten in denjenigen Fällen, in denen die Entschädigung nicht 100 v. S. betragen hat, vernichtet werden, und daß auch bezüglich der weiteren Aufbewahrung der Akten bezüglich der Säle, in denen 100 v. S. Entschädigung gewährt worden sind, erst noch weitere Verhandlungen und Ermittelungen stattfinden müssen. Das Rund-schreiben bringt ferner wichtige Beschlüsse über das beschädigte weitere Vorgehen der Arbeitsgemeinschaft in der Entschließungsfrage, behandelt die Frage der geplanten Zinsbarabhebung und die Schritte, die getan worden sind, um die Interessen der Erlahhaber von Schuldbüchern eintragen in die Liste einer etwaigen Zins-barabhebung zu nähern. Außerdem sind noch einige andere für die Geschädigten wichtige Fragen in dem Rundschreiben behandelt.

Werb schon jetzt für den Heimatkalender!

Von dem Vorsitzenden einer norddeutschen Ortsgruppe wird uns geschrieben:

„Ich muß in diesem Jahre mich unter „Oltdeutscher Heimatkalender“ so frühzeitig erheben, daß ein Massenablaß bei tüchtigster Werbung weitestgehend erleichtert wird. Wir bitten, Vorbereitungen schon jetzt entgegenzunehmen und aus zuweilen. Schon jetzt sollten in allen Ortsgruppen Einigungsstellen ausweisen und bei Monatsversammlungen und anderen Versammlungen in Umlauf gesetzt werden. Sobald dem Leiter der Kalender herauskommt, müssen die Ortsgruppen sofort, werden Posten für ungelöste bestellen müssen. Dadurch wird ein schneller Ablaß des Kalenders noch vor Eintritt des neuen Jahres gewährleistet und mit größter Wahrscheinlichkeit erzielt, als wenn der Vertrieb erst kurz vor Neujahr einsetzt. Bei der wachsenden Beliebtheit unseres Kalenders dürfte es so mehr mit einem großen und schnellen Abfließen derselben zu rechnen sein, da der Preis für die Ortsgruppen sehr hoch herabgesetzt worden ist. Der „Oltdeutsche Heimatkalender“ ist eine unserer wichtigsten Bestenstellen im Kampf

um unsere Oltmark, weshalb er in das Haus jedes Oltmärkers und jedes Deutschen gehört. Darauf ist schon jetzt mit aller Kraft hin-zuarbeiten.“

Aus der Bundesarbeit.

Verammlungskalender.

Verlin ehem. Culmer und Schmezer, Berlin. Monatsversammlung am Sonntag, den 4. September, nachmittags 6 Uhr, im Vereinslokal „Wilhelmshof“, Berlin SW 11, Anhalter Str. 12.

Ortsgruppe Kollf. Oltmärkischer Verbandsabn am Mittwoch, den 7. September, 8 Uhr, im Vereinslokal, Köpenicker Str. 17. Vortrag: „Oltpreußen, Deutschland, Polnien“. Vorkl. und Instrumentalvorlesungen. Eintritt frei!

Landesverband Berlin-Brandenburg.

Ortsgruppe Berlin-Reinick. Am 13. Juli fand der Ehren-vorsteher der Ortsgruppe, Herr Friedrich Wiedmann, 69 Jahre alt, nach längerer Krankheit, betrauert von seiner Gattin und fünf Kindern. Aus einer Eheverleumdung aus Villa entstanden, erhielt W. seine Verberausbildung in Kamölich. In Friedenstorf bei Neumühlfel war er dann jein Jahre als Kantor und Organist tätig; nach vorübergehender Verberausbildung in Alt-Orfing ging er 1901 nach Birnbaum, wo er nach dem Verbram für das gescheiterte Deutschtum jagenschrift bis zur Verdränge im Jahre 1919 tätig war. Während des Flucht-aufenthaltes in Seuthen war er an der Poliseiher in Döberitz tätig, um dann von 1923 bis zur Pensionierung im Jahre 1928 an der 114. Volkshule in Berlin jein Verberamt zu befühligen. Reich waren die Ehren bei der Verberung dieses treudienfollen Mannes. Neben den Jähnen der benachbarten Ortsgruppen waren zugegen: Herr Geheimrat Schmidt vom Präsidium und Herr Vater als Ver-trer der Landesverbände. Der Leiter der Ortsgruppe gab Herr Bröckler in einem Redner am Grabe Ausdrack, die tiefempfindliche Heimatliebe und den Kampfwillen des Verstorbenen betonen. Die am 9. August abgehaltene Sitzung der Ortsgruppe galt dem Gedanken des verlorenen Leiters und der Aueberlegung des Vorklades. Herr Bröckler würdigte auch hier in längeren Worten die Verdienste des Verstorbenen um Ortsgruppe und Oltmark. Die Ortsgruppe habe in ihm einen seltenen Führer und Kämpfer, einen treuen deutlichen Mann, einen tiefen Freund und guten Kameraden verloren, der sich noch als Schlichter in einem Redner des Gräueltums gefühlt habe. Mit dem Vortrag des Gedächtnis: Unsere Eeten (von Frau Cillek) schloß die stille Feierstunde. Die Ortsgruppe dankt an dieser Stelle allen liebten Oltmärkern für die bei der Ortsgruppe bezeugte Eelinnahme beim Heim-gang ihres Ehrenvorstehenden aufs herzlichste.

Die Ortsgruppe Berlin-Reinickendorf hat nach ihrem Sommer-ausflug am 5. Juni und nachdem die Juliverammlung der Sommer-ferien wegen ausgefallen war, am 11. August wieder eine Monats-versammlung im Vereinslokal abgab, Berlin-Reinickendorf-Olt, Köpenicker Str. 17, abgehalten. Es konnte auch ein neues Mit-glied aufgenommen werden. Darn hielt der 2. Vorklader, Herr Konrektor Diewicki, einen sehr willensreichen Vortrag. Der Redner führte die Verammlung im Geiste an verechiedene Denkmäler des deutschen Vaterlandes. Zunächst in das am Westuferstrom gelegene alte Städtchen Döxter mit der Abel Korvey und dem Kollertgarten, der das Grab des Dichters Hoffmann von Fallersleben, des Dichters des Deutschlandliedes, birgt. Nicht weit von der Stadt Detmold ent-fertigt sagt aus dem Gräbern der Geschädigten ein gemauertes Mi-talglied heroor; auf einem von Säulen getragenen Kuppelbau erhebt sich das Standbild des Cheruskerfürsten Hermann. Auf dem Scherz, das er in der Reden hält, stehen die Worte: „Deutsche Einigkeit meine Stärke, meine Stärke Deutschlands Macht.“ Von Westbaltland führte uns der Redner im Geiste nach Oltten, nach Canningen, wo die russischen Heere vertrieben wurden und der deutsche Oltfen von der weiten Verberung durch die Russen bemocht blieb. Das vierte Denk-mal liegt in einer miltären Anstalt am 15. August. Hier finden wir die Gräber der tapferen Selbstschütze, die ihr Leben im Kampfe gegen polnische Horden hingaben. Der Redner schloß mit den Worten: „Deutsche Brüder, hört meine Worte alt und neu: immer wird das Reich erstärkt, wenn ihr einig seid und treu.“ Der einstufige Vortrag erntete lebhaften Beifall. — Der Vorklader nahm Veranlassung, die Mitglieder zu bitten, zur Ausschöpfung der Verammungen gleich-falls von sich aus in Zukunft etwas beizutragen. Die nächste Ver-ammlung findet wieder vorchristlich am 15. September im Saalbau statt. Wenn der betreffende Donnerstag am 15. fällt, dann findet auch die Verammlung am 15. statt.

Landesverband Westpreußen.

Die Ortsgruppe Eilbing machte am 12. August eine Dampferfahrt nach Ruckhört. Zwei Schiffe waren nötig, um die vielen Mitglieder und Fremde aufzunehmen. Bei frühlicher Kaffeetafel und flöttem Cänyden (nach Radomicki) verlief die Zeit wie im Schnell. Um 1 1/2 Uhr war alles wieder in Eilbing; froh, einen so netten Tag ver-lebt zu haben.

Landesverband Niederhiesien.

Ortsgruppe Volkenau. Nach einem Vortrag des Landesverbands-Vorstandes, Herrn Müller - Striebeck, über die Situation der Oltmärker des Deutschen Oltlandes, wurde die Ortsgruppe neu ge-gründet. Zum Vorsitzenden wurde Herr Baumteiler Siegaugewählt.

Landesverband Vorpommern.

Die Ortsgruppe Pölsnitz feierte am 7. August in Baumanns Garten die 11. Stiftungsfest. Eine stattliche Anzahl Mitglieder und Gäste konnte der Vorsitzende, Herr Schmiegel, begrüßen. Von auswärts waren u. a. erschienen der 2. Vorsitzende des Landesverbandes Vorpommern, Herr Landesoberinsp. Becker, Stettin, mit noch einigen Vorstandsmitgliedern, ferner Vertreter der Ortsgruppen Niekam, Torgelow, Köcknitz, Eggeln, Sönnewitz und die Jugendgruppen Niekam, Torgelow und Sminowitz. Der Handwerkerkongress unter Leitung des Herrn Lehrer Münter erfrachte durch den Jubilar den Vortrag mehrerer Volksslieder, Herr Helmut Fox durch den Vorpörsch, „Das alte Land“, ebenso Srl. Kewmer durch das Gedicht „Pölsnitz“. Allen Vortragenden wurde mit reichem Beifall gedenkt. Herr Becker, Stettin, erläuterte in seiner Rede Zweck und Ziel des Offiziers, ermahnte zu treuen Zusammenhalten in dieser schweren Zeit. Das kleine Opfer des Beitrages solle nicht stehen. Daß in der Ortsgruppe Pölsnitz noch in dem gleichen Geiste gearbeitet werde, der vor zehn Jahren ausbrach, beweise die Tatsache, daß wieder an mehrere Mitglieder die Ehrennadel für zehnjährige Mitgliedschaft

überreicht werden könne. Es erhielten die Ehrennadel, die mit herzlichsten Glückwünschen vom Sekretär überreicht wurde, die Herren Schmiegel, Baatz, Rüske, Salomon, v. Schmidt, Paumann, Schütz, Engelmann, Brückenski, Panitzke, Schom, Pörscher, Schönfeld, Witzke und König. Mit einem Hoch auf den Offiziers- und das deutsche Vaterland, dem sich der Gesang des Deutschlandliedes anschloß, endete der Festabend. Bei dem guten Konzert der Kapelle H. A. B. bei Preiserschütz und Taubenstein vergingen die Stunden dem sehr schnell. Die drei besten Schützen beim Preischießen waren die Herren Rüske, Andres jun. und Coert. Beim Taubenstein erhielt den 1. Preis Frau Gotthard, der dann Frau Sokolomski und Frau Bunde folgten. Abends sang, Sie erwähnen sich, noch durch die Anwesenheit der auswärtigen Jungfrauen, die durch Vorträge, Sprechspiele usw. erfrachtet, anregt, auch hier die Gründung einer Jungfrauenjugend wurde. Die Leitung hat Srl. Kewmer übernommen. Alle Jugend, und nicht nur ehemalige Offizierskinder, wird eingeladen, der Jugendgruppe beizutreten. An der Gruppe sollen junge Kräfte herangezogen werden, die den Kampf für die Wiedererlangung der geraubten Ostmark weiter führen.

Mitteilungen aus der ostdeutschen Heimat.

Personliches.

Oberbürgermeister a. D. Dr. Krause 70 Jahre alt.

Am 4. September 1932 feiert Herr Oberbürgermeister a. D. Dr. Krause seinen 70. Geburtstag. Sein Schaffen und Wirken war während seiner gesamten Amtszeit dem deutschen Osten gewidmet. Nach einer kurzen Tätigkeit als Stadtrat in Polen von 1896—1902 wurde Dr. Krause 26 Jahre lang Oberbürgermeister der Stadt Schneidemühl bis zum 10. November 1928. Als er am 12. November 1927 sein 25. Dienstjubiläum als Oberbürgermeister feiern konnte, zeigte sich so recht die Liebe und Verehrung der Bürgererschaft Schneidemühs für ihren Oberbürgermeister. Der Aufschwung Schneidemühs war gänzlich unter Dr. Krauses yellowknetet, nimmermüder, tatkräftiger Arbeit; die Stadt, die bei seinem Amtsantritt eine kleine Mittelstadt von 19 000 Einwohnern war, hatte sich während seiner Amtszeit zu einer kreisfreien Provinzialhauptstadt von 40 000 Einwohnern entwickelt. Dr. Krause hat in Schneidemühl mit Fleiß, tüchtigem Können und unermüdlicher Schaffenskraft auf allen Gebieten wirtschaftlicher Art (Gründung der Holzoptik-Werkschaft, der Vorkriegsfabrik — Alkoholsäure —, im Zusammenhang damit Entwicklung zum Flugflüssigkeit und zu einer der größten Luftschiff- und Sieger-Garnitionen) und kultureller Art (mühseligster Ausbau des gesamten Schulwesens, Förderung von Theater und Musik) viel hervorragende Eigenarbeit geleistet, die aus Schneidemühl das gemacht hat, was es heute ist. Als aufrechter, energischer, treudeutscher Mann zeigte sich Dr. Krause ganz besonders, als 1919 Schneidemühl wider Recht und Gerechtigkeit zu Polen geschlagen werden sollte. In einer Anzahl von Denkschriften, vor allem aber in den Deklamationen vom 27. Mai 1919, worin gegenüber aller Welt Schneidemühs' Anteil gegen eine Vergewaltigung Schneidemühs aufzählte, hat er seine Absicht und Schneidemühs' feher Wille, lieber unterzugehen als von Deutschland losgerissen zu werden, kundgetan, trotz Oberbürgermeister Dr. Krause mit klarer Unerbittlichkeit gegen die feindlichen Absichten auf. Besonders wirkungsvoll war die von Dr. Krause veranlagte und geleitete Deutschungskundgebung, an der ganz Schneidemühl teilnahm und bei der Oberbürgermeister Dr. Krause in seiner bewährten Rede vor interpellierten Pressevertretern ausführlich Stellung gegen eine Vergewaltigung Schneidemühs aufzählte. Die Folge dieses Bekannermutes war, daß Schneidemühl nicht, wie bereits vorgeloben war, polnisch wurde. Wenn Schneidemühl heute noch deutsch ist, so muß dies als ein Hauptverdienst des Oberbürgermeisters Dr. Krause gebucht werden. Seit einem Jahre lebt Dr. Krause in Potsdam, Kreis Königsberg, im Ruheland; immer mitwirkend an der nationalen Erneuerung Deutschlands. In nationalen Kreisen, besonders im Deutschen Ostland Potsdam wirkt er weiter für Ostland und Vaterland, insbesondere Anteil für die Erreichung seines höchsten Wunsches, den ganzen Osten wieder deutsch zu wissen. Und der ihm an seinem 70. Geburtstag liebste Glückwunsch wird der sein, noch die Zeit zu erleben, in der ewig deutsches Land im Osten wieder deutsch wird. — Wir haben eine eingehende Würdigung der Arbeit Dr. Krauses anlässlich seines 25jährigen Oberbürgermeisterjubiläums schon im „Ostland“ 1927 Nr. 46 gebracht. Seinen Geburtstag verliert Dr. Krause bei seinem Schwiigersohn, Regierungsrat Dr. Werns in Allenstein, Magisterstraße.

Generalleutnant von Dorsensky und Genzjin +.

Am 22. August starb in Breslau, 81jährig, der frühere Stellvertretende Kommandant von Breslau, Generalleutnant, Theodor von Dorsensky und Genzjin. Der Verstorbenen wurde am 28. Juli 1851 in Kreuzberg, Kreis Strehlen, auf dem Gute seines Vaters geboren. Nach Abfolgerung der Kadettenanstalten Wahlplatz und Groß-Vaterfeldste trat er am 7. April 1870 als Leutnant in das Infanterie-Regiment 22 ein. In diesem machte er den Krieg 1870/71 mit. Nach dem Kriege legte er teils in der Kriegsakademie, teils im Großen Generalstabs und dann als Kommandeur verschiedener Truppenteile eine glänzende militärische Laufbahn zurück. 1902 wurde er zum Generalmajor und Kommandeur der 52. Infanterie-Brigade in Württemberg ernannt. Im folgenden Jahre reichte er sein Abschiedsgeld ein und ließ sich nach Breslau über. Bei der Mobilisation im Jahre 1914 wurde er Kommandeur der 18. 22. Infanterie-Brigade, bald darauf Kommandeur einer mobilen Ersatzbrigade. Eine Verwundung aus dem Jahre 1870 setzte seiner Frontmitteilbarkeit ein Ende. Im Juni 1915 wurde er stellvertretender Kommandeur von Breslau und im Mai 1917 zum Generalleutnant ernannt. Darauf folgte er aus dem aktiven Heeresdienst aus.

General von Hutier 73 Jahre.

General v. Hutier, der bekannte Heerführer, wurde am 27. August 73 Jahre alt. Der General, aus dem berühmten Inf.-Regiment 88 herabgegangen, war nach einer glänzenden militärischen Laufbahn zu Beginn des Krieges Kommandeur der 1. Garde-Inf.-Division, die sich unter seiner Führung in den Schlachten bei Tannenberg und St. Quentin besonders auszeichnete. Im April 1915 übernahm v. Hutier im Osten das 21. Armeekorps mit dem er im Rahmen der 15. Armee zu den großen Erfolgen des Sommers 1915 in der Schlacht bei Tannenberg gelang. Nach dem gewaltigen Vormarsch, der die russischen Stellungen überanerte, war es im äußersten Norden den Russen gelungen, den wichtigsten Brückenkopf Riga-Luxküll zu halten. Die gesamten dortigen deutschen Truppen wurden als Armeekorps zusammengefaßt und General v. Hutier unterstellt. Ende August 1917 leitete v. H. den Übergang über die Düna. Auch die Anfang Oktober von der 8. Armee im Zusammenwirken mit der 15. Armee ausgeführte Unternehmung gegen die Insel Osel gelang glänzend. 1918 fand v. H. im Westen (Duisburg bei St. Quentin).

Der älteste preussische Offizier.

Hauptmann a. D. Johann Mießner in Wadom (Mark) farb im 94. Lebensjahre. Er war der älteste Offizier der preussischen Armee; trat 1859 in das 1. Ostpreussische Jägerbataillon ein und nahm bereits 1863/64 an den Kämpfen gegen die polnischen Jungens teil. Anfang Juli d. J. konnte er das Fest der eifernden Hochzeit begehen.

Amtsrat Karl Springer +.

Am 30. August ist nach langem, schwerem Leiden in Berlin-Wilmersdorf, Detmolder Str. 3, Amtsrat Karl Springer, früher Pächter der Domäne Ulin, Kr. Kolmar, in Polen, von wo er von den polnischen Behörden verbannt wurde, im 85. Lebensjahre gestorben. Er war Witwer und hinterließ eine verheiratete Tochter, Frau Margarete Loevy, mit drei Kindern. Der Verstorbenen er-



Oberbürgermeister a. D. Dr. Krause.

Ostmärker! Professionsfrei Glänzende Existenzen!

	Anzahl, A.
Bedienst. Restaurationsgrundstück mit Restaura. (Jahresgehalt) in bedeutendem Gebirgskurort Silesiens	18 000
Grundstück, bestehend aus Haus mit 4 Zimmern, Küche, zwei Kammern, Wirtschaftsgebäude, Scheune, gr. Garten mit Obstbäumen, in der Provinz Brandenburg	3 500
Pandhaus m. parkähnlichem Garten i. Traunstein (Oberbayern)	22 000
12-Co.-Dampfmühle in lebhaftem Kreisstadt der Provinz Hannover	25 000
Geschäftsgrundstück m. Kolonialwaren-Handlung, Kaffeebörserei und Spirituosenhandlung in KleinStadt Vorpommerns	8 000
Hotel- u. Restaurationsgrundstück am Hauptbahnhof gelegen in Düsseldorf	60 000
Komfort. Villenbest., gleichzeit. m. Gelegenheit zur Übernahme eines Essensbetriebs in KreisStadt d. Bezirkes Potsdam; Preisforderung für Villa mit Gehöft	36 000
ohne Gehöft	31 000
Anzahlung 10—	15 000
Einfamilienhaus in vollkommenem form- und laubfreier Lage im Fionten Järich	15 000
Wohngrundstück m. Baugehöft an der Hauptverkehrsstraße, nur 2 Minuten vom Bahnhof entfernt, in der Uckermark	11 000
Existenzgrundstück in Guben, bestehend aus: Gutsfamilienhaus, Haus- u. Wirtschaftshof, Hausgehöftgebäude, Obstmittelereisgebäude und 6 Nebengebäude, Obst- und Gemüsegärten vorhanden. Familienexistenz!	Preis 30 000
Anz. u. Vereinf.	

Wohn- u. Geschäftsbürogrundstück in reizendem Städtchen, Nähe Frankfurt a. d. O., beste Existenz für Kolonialwarenhändl. u. Restauration; Preis	32 000
Anzahlung etwa	8 000
Restaurationsgrundstück (Musiklokal) in Neukenburg	13 000
Grundstück mit Kolonialwarengeschäft in Anhalt; Preis einschließlich Zubehörsachen	18 000
Anz. einchl. Warenlager etwa	12 000
Sofort verkäuflich best. centrierende Metallwarenfabrik m. großem Aluminium-Messing-Vager in zentraler Lage Berlins; Preis für das Gehöft, wie es steht und liegt, inklusive komplettem Maschinenpark und Vager	45 000
Hotel- u. Restaurationsgrundstück in lebhaftem KreisStadt d. Uckermark	15 000
Kolonialwarengrundstück m. Drogen-Handel und Kankellei, 5 Hekt., Existenz! Nähe Neustadt	5 500
Professionsgrundstück m. Siedererei in bekanntem Geschäftszentrum u. Heilbad des Oberharzes	15 000
Bild-Prospekte kostenlos durch:	
KOCH & Co., Berlin W 10 Dörnbergstraße 1. Tel.: B2 Litzow 5933.	

Grundstück

in allerbesten Lage, nahe der Stadt Croyen a. D. gelegen, sehr gut erhalten, mit 4 Morgen gutem Obst- und Gemüsegarten, passend für jedes Geschäft, sofort preiswert zu verkaufen. Melbung an

Fr. Reinhardt,
Croyen a. D., Böhmerstr.

Gutsverkauf

Verkaufe mein Gut, über 500 Morgen groß, mit lebendem und totem Inventar und Bettenhaus, 14 Zimmer, Bad, elektr. Licht u. Wasserleitung, Beamenhaus, 6 Zimmer und reichlich Zubehör, Klotzetta mit Wasserleitung. Preis u. Anbahnung nach Vereinbarung. Gut liegt bei Borsdorf, Bisth. Kollow, Wollin, Pommern.

Pensionshaus

13 Zimmer, 2 Küchen, Keller, voll-zumgrößten Teil möbliert, Gartenhaus, Baueile, großer Vorgarten, elektr. Licht, Wasserleitung, W.C., im Dierbad auf jedem gelegen, zu verkaufen. Auch zum Kinderheim geeignet. Preis inkl. Invent. 35 000 Mk. Off. 15 000—20 000 Mk. Anz. unter 2660 an das Ostland erbeten.

Schöne Landwohnung

3 Zimmer, elektr. Licht u. Wasserleitg., Zubeh., sehr gr. Obst- und Gemüsegarten, am Bahnh., nahe Angermünde, gleich oder später zu vermieten. Klein, Sezpermt. 2 Angermünde.

Welche Stadt bietet Existenzmöglichkeit

für einen Kolbarbeiter. Wohl. kann auch alte Werkstätten übernommen werden. Gef. Mitteil. erbet. Senfied in Grlut, Böhmer-Herrenbergstr.

In der Rentengutsfrage **Grüdtitzberg** sind noch einige sehr gute, etwa 52 Morgen **Rentenstellen zu verkaufen**. Diese Stellen sind aus vorhandenen Gutsgebäuden komplett und geräumig ausgebaut. Einschließlich Brenner- und Weidenanteile! u. Anzahlung von ca. 5250.— Mk. erforderlich. **Gutsverwaltung Adelsdorf (Schl.) (Siedlung).**

Aufbaukredit

für Grenz- u. Auslandsdeutsche G.m.b.H.
(Geschäftshilfe des Deutschen Ostlandes)
Berlin W. 30, Mohlftraße 22. Tel. B 5 Barbarossa 9061.

Verwertung von

6% Reichsschuldbuchforderungen durch Verkauf und Beleihung (im Rahmen der uns zur Verfügung stehenden Mittel)

Beratung in Vermögensanlagen und allen Kreditangelegenheiten
Abwicklung all. bankmäßigen Geschäfte

Durch Beschluß zweier Generalversammlungen vom 22. u. 19. 1922 ist unsere Genossenschaft aufgelöst worden.

Zu Liquidatoren wurden gewählt:

Die Herren
Regierungs-Inspektor Thomas Kubis,
Breslau,
Verbandsangestellter Witaler Seidel,
Breslau.

Die Gläubiger der Genossenschaft werden aufgefordert, sich zu melden.
Breslau, den 11. August 1922.

Bauhofstr. 15.

**Spar- und Darlehenskasse
Deutscher Ostbund
Schlesien i. L.
e. G. m. u. H.**

Die Liquidatoren: Kubis Seidel

Polnische Hypothek

Forderungen jeder Art in Polen bei Auszahlung in Deutschland laufen bzw. realisierten. Urträge (loftosen) bitte zu richten an E. Wollenberg, Berlin D 34, Bognargen Str. 112.

Kaufl. Beamter

41. engl., verh., 21 Jahre lang in der oberbergl. Indultrie (Hohenlohe-Berte) beschäftigt gewesen, fähig in Buchführungswesen, Kalkulation, Expedition usw., laut Verfügung der Rottowiger Kreiswobischafft am 30. 6. 32 als reichsdeutscher Beamter entlassen.

Sucht Stellung.

Gef. Angebote unter 2661 an das Ostland erbeten.

Junge, frächtige Frau sucht dringend

Beschäftigung

als
Aufwartefrau

im Büro oder Haushalt. Gef. Angebote unter 2663 an das Ostland erbeten.

Wer kennt

die Anschrift von Anna Djemall aus Thorn oder einem Orte des Kreises Thorn? Es handelt sich um eine Erbschaftsfrage. Ein Anteil der Genannten namens Julius Wisniewski, der in Indien verstorben ist, hat der Genannten $\frac{2}{3}$ seines Vermögens und außerdem 80 Rfd. für die Errichtung eines Familiengrabsteines in der Pölsche St. Theresen Church at Kreis Thorn, Germany" vermach. Aus dem Testament geht aber die Anschrift der Anna Djemall nicht hervor. Meldungen unter 2665 an das Ostland erbeten.

Wer kennt

die Anschrift von Herrn Gustav Anort, zuletzt wohnhaft gewesen in Königsberg/Pr., Mohlfstraße 10? Gef. Ang. unter 2662 erbeten.

Ringfreie

Umzüge seit 1908

O. Noerenberg, Berlin, Lichterfelde-West,
Dürerstraße 41. Telefon: G 3 6079.
Früher Bromberg.